

# BULLETIN

NUMMER 4 | Dezember 2010



- \* 4 Nationalrat - Ja zum Schutz vor Waffengewalt \*
- \* 7 Banken - Too big for jail in Genf \*
- \* 14 Wahlen 2010 - Die Wahlkreise, es sind die Wahlkreise! \*
- \* 17 Junge Alternative - einjährig - eingängig \*
- \* 18 Tagung - Grenzenlos Grün \*

## Inhaltsverzeichnis

2

### 3 Editorial

Gut gerüstet

### 4 Nationalrat

Ja zum Schutz vor Waffengewalt

### 6 Nationalrat

Waffe und Würde

### 7 Banken

Too big for jail in Genf

### 8 Roundtable

Vier auf einen Streich

### 11 Lektüre

Der radikale Samaritaner

### 12 Kantonsrat

Ein Blick in die Vergangenheit

### 14 Wahlen 2010

Die Wahlkreise, es sind die Wahlkreise!

### 17 Junge Alternative

einjährig – eingängig

### 18 Tagung

Grenzenlos Grün

### 19 Grüne Kantonalpartei

Zum Glück

### 20 Grüne Partei Schweiz

Arithmetik des Wandels

### 23 Abzocker

Kater lassen das Mäusen nicht

### 24 Frontal

### 25 Serviceteil

Präsidium

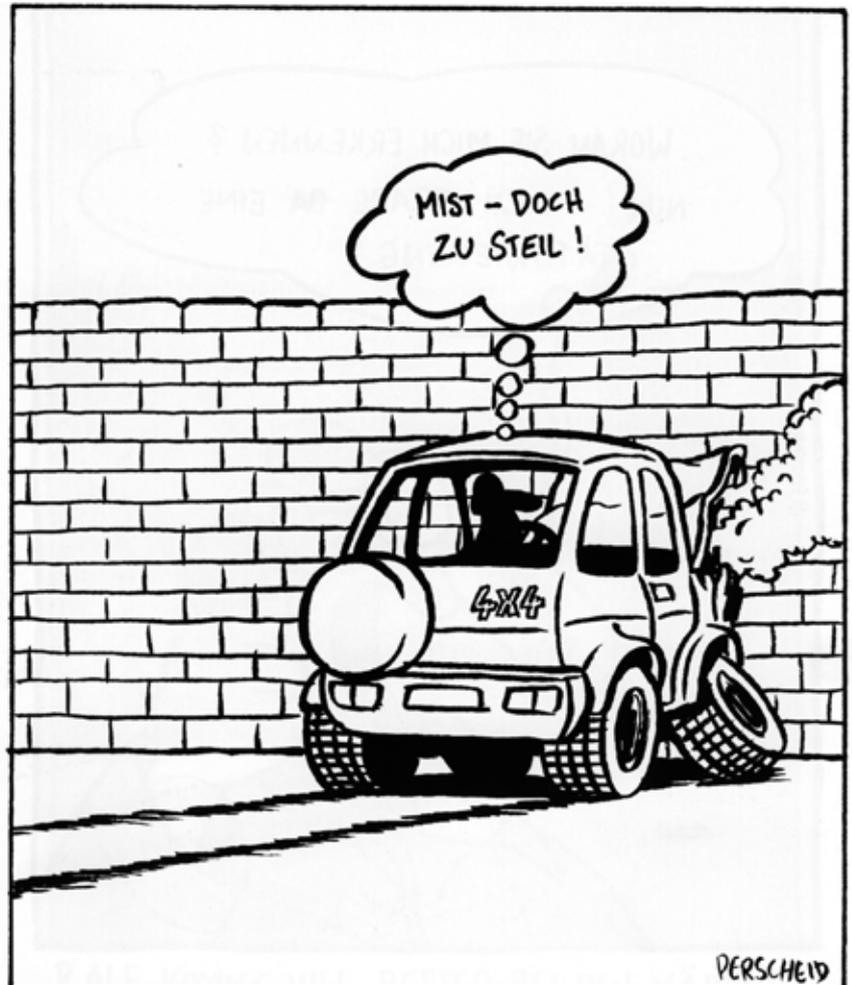
Kino

Buch

Adressen

Impressum

Veranstaltungen



Der Abstimmungstermin der Offroadinitiative lässt grüssen... (Bild Perscheid)

#### «Mission statement»

Das BULLETIN des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen: Alternative – die Grünen Zug, KriFo Alternative Cham, Frische Brise Alternative Steinhausen, Gleis 3 Alternative Risch-Rotkreuz, Freie Wähler Menzingen, Forum Oberägeri, Alternative Stadt Zug, Alternative Baar.

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und Umwelt
- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse

- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

Redaktion und Herausgeberverein «Das BULLETIN»

# Gut gerüstet

Erwina Winiger, abtretende Kantonsrätin Alternative – die Grünen Zug | Bild BULLETIN



*Ich erinnere mich, als ob es gestern gewesen wäre, wie Jo bei uns zu Hause – dannzumal in Zug – in der guten Stube sass und mir alle Vorzüge einer Kantonsratskandidatur in den schillerndsten Farben so lange präsentierte, bis auch ich überzeugt war, dass genau ich die richtige Person sei, mindestens für die Kandidatur. Es war mir recht, Listenfüllerin zu sein. Ein politisches Engagement zeitlich mit all meinen schon vorhandenen Aktivitäten zu vereinbaren, wäre mir gar nicht möglich gewesen. Ich stieg also 1998 zum ersten Mal in den Wahlkampf, als Parteilose und mit dem beiliegenden Comic mit dem Slogan «Gut gerüstet». Zwar hatte ich Zweifel, ob ich wirklich für alles Unvorhergesehene gut gerüstet sei. Ich war bereit für eine Zukunft in einer lustbetonten und wissens-*

*durstigen Bildungslandschaft, für eine umweltbewusste Konsumhaltung und für eine den Menschen ins Zentrum stellende Verkehrspolitik. Mit den Anliegen «für soziale Gerechtigkeit, ein gutes Bildungssystem, nachhaltiges Handeln, unsere lebenswerte Umwelt und ein gutes öffentliches Verkehrsnetz» begann ich mich öffentlich zu engagieren. Meine damaligen Anliegen haben für mich ihre Aktualität bis heute behalten. Meine erste Wahlzeit verlief lustvoll und lehrreich. Knapp nicht gewählt, nahm ich dann drei Jahre später, zwischenzeitlich in Cham wohnhaft, die Verantwortung trotzdem wahr. Ich trat ein in einen Kantonsrat, der behutsam und wertschätzend miteinander umging. Die Debatten wurden sachlich geführt, man bemühte sich, gemeinsam gute Lösungen zu finden.*

*Das Unvorhersehbare, mit ganz wenig Erfahrung in der Legislative und als erste Vertreterin der Alternativen als Kantonsratspräsidentin für zwei Jahre höchste Zugerin zu sein, packte ich mit grossem Respekt vor dem Amt und mit der Bereitschaft an, den Kantonsrat gut zu präsidieren und zu repräsentieren. Ich erlebte die beiden Jahre als äusserst befriedigend, vor allem die sehr vielen Begegnungen mit Menschen aus allen Schichten und bei den unterschiedlichsten Anlässen. Für meine politische Arbeit stellten meine Jahre als Kantonsratspräsidentin aber eigentliche Brachjahre dar.*

*Vielleicht hätte ich sonst früher realisiert, dass sich, je mehr personelle Wechsel es im Kantonsrat gab und je weiter zurück das unheilvolle Attentat lag, umso stärker sich die parteipolitischen Gräben (wieder) öffneten. Heute erlebe ich die Situation im Rat als verhärtet. Nicht mehr die Idee zählt, sondern aus welchem politischen Lager eine Idee stammt. Entspricht sie dem eigenen Gedankengut, wird sie unterstützt – ist sie von anderen, wird oft nicht einmal darauf eingetreten. Die Bereitschaft zu prüfen, ob an fremd wirkenden Ideen letztlich doch etwas Gutes dran ist, hat spürbar abgenommen.*

*Aufgrund meiner Erfahrungen scheint es wichtig zu sein, dass wir unseren Anliegen durch Vernetzung ausserhalb des Kantonsrates und durch die Zusammenarbeit mit anderen Grünen in unserer Nachbarschaft mehr Gewicht verleihen und uns unbedingt stärker vernetzen müssen. Vernetzen – ohne ins Netz zu gehen!*

*Ich wünsche den in den Räten Tätigen und den politisch Interessierten viel Erfolg, Neugier, Offenheit, Einsatzbereitschaft, Durchsetzungskraft, Gestaltungswille, Lust und das nötige Rüstzeug für die guten Anliegen weiter zu kämpfen. ■*

# Ja zum Schutz vor Waffengewalt

Josef Lang, Nationalrat Alternative – die Grünen Zug | Bild BULLETIN

## 4 In seinem Beitrag zur Debatte über die Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» stellte unser Nationalrat deren wichtigsten Anliegen vor.

Mein Votum zugunsten der Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» beginne ich mit dem Anfang eines Votums der FMH, der Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte: «Fast jeden Tag setzt sich unserem Land ein völlig verzweifelter Mensch – oft ein junger Mensch – seinem Leben mit der Schusswaffe ein Ende. Dieser Mensch befindet sich in einer tiefen persönlichen Krise. Sein Leben, denkt er, hat keinen Sinn mehr. Er will zwar eigentlich gar nicht sterben, aber auf keinen Fall so weiterleben. Hätte er in diesem Augenblick statt einer Waffe Tabletten vor sich, wäre die Chance, wieder ins Leben zurückzufinden, um ein Vielfaches höher. Denn sich mit der Waffe umbringen zu wollen, ist leider ein zu 98 Prozent todsicheres Vorhaben. Aus Sicht der Medizin ist es eine Tatsache, dass Selbsttötungen mit Feuerwaffen schrecklich effizient sind – und wenn es nicht zum sofortigen Tod kommt, verursachen sie fürchterliche Schädigungen. Diese Überlegungen gelten auch für die häusliche Gewalt.»

### 13'000 Schusswaffensuizide seit 1970

Seit 1970 erschossen sich in der Schweiz mehr als 13'000 Menschen, mehrheitlich junge Männer. In keinem anderen europäischen Land begehen so viele Menschen Suizid mittels Schusswaffen. Besonders gross ist der Unterschied bei jungen Männern. Während in Europa bei den 15- bis 24-Jährigen jeder neunte Suizid mit einer Schusswaffe begangen wird, ist es in der Schweiz fast jeder zweite. Die Erklärung dafür liegt in der leichten Zugänglichkeit von Schusswaffen. In seiner Botschaft schreibt der Bundesrat: «Unbestritten ist, dass mit einer Reduktion der Verfügbarkeit von Feuerwaffen die Gesamtsuizidrate gesenkt werden kann.»

Das beweisen die 2006 von der Psychiatrischen Universität Zürich erhobenen Längsschnittdaten. In Kanada führte der Rückgang der Anzahl Waffen in Privathaushalten von 31 auf 19 Prozent zu einem Rückgang der Schusswaffensuizide von 32 auf 19 Prozent. Für Australien lauten die auffällig proportionalen Zahlen: Rückgang der Schusswaffen von 20 auf 10 Prozent, Rückgang der Schusswaffensuizide von 30 auf 19 Prozent. Für Grossbritannien bedeutete die Reduktion der privaten Waffenanzahl von 5 auf 3 Prozent eine Halbierung der Schusswaffensuizide von 5 auf 2,5 Prozent. Die erwähnten Länder strafen die Behauptung Lügen, die Leute würden sich dann halt auf andere Art umbringen. Dass ein Rückgang der Schusswaffen-Suizide zu einem allgemeinen Rückgang der Suizide führt, lässt sich auch erklären. Erstens durch die bereits erwähnte besondere Wirkung einer Pistole oder eines Gewehrs. Zweitens durch die Tatsache, dass die meisten Menschen ihren Suizidversuch so ausführen, wie sie ihn sich im Kopf zurechtgelegt haben. Und drittens ist der Anteil von Suiziden mit tödlichem Ausgang aufgrund einer Kurzschluss-Handlung bei den Schusswaffen viel höher als bei allen anderen Methoden.

### Sportschützen nicht betroffen

Um das Leben für die Menschen in unserem Land sicherer zu machen, schlägt unsere Volksinitiative sechs Massnahmen vor. Die erste lautet: Einführung eines Bedarfs- und Fähigkeitsnachweises. Vor zwei Jahren haben sich vier Mitglieder des Initiativkomitees mit der damaligen Präsidentin des Schweizerischen Schiesssportverbandes, Rita Fuhrer, und mit Urs Weibel, Direktor des SSV, getroffen, um zu klären, was diese Doppel-Anforderung für die Sportschützen konkret bedeutet. Der Bedarfsnachweis ist erbracht

durch die Mitgliedschaft in einem Sportverein. Der Fähigkeitsnachweis ist erbracht durch die Lizenz. Das trifft auf 80'000 Sportschützen zu. Dass ausgerechnet jene Lizenz-Schützen, die durch die Initiative nicht betroffen sind, mit ihren Zusatzbeiträgen die Abstimmungskampagne der Gegner finanzieren, ist ziemlich befremdlich. Übrigens erfüllen auch die Jäger, die eine strenge Patentprüfung bestanden haben, die Erfordernisse der Initiative.

Zweitens verlangt die Volksinitiative das Verbot besonders gefährlicher Waffen, namentlich Serienfeuerwaffen und Pump Action. Wäre dem Zuger Attentäter die Pump Action nach den ersten Schussabgaben nicht verklemmt, hätte das Massaker noch viel fürchterlicher geendet. Die Pump Action war die einzige Waffe, die der Mörder ausschliesslich für den akribisch geplanten Massenmord gekauft hatte. Es erstaunt deshalb nicht, hat die Zuger Regierung in ihrer Vernehmlassung mit Nachdruck das Verbot dieser hochgefährlichen Waffe verlangt: «Es ist nicht erklärbar, weshalb eine dermassen gefährliche Waffe in private Hände gelangen soll.»

### Ordonnanzwaffe ins Zeughaus

Der dritte Punkt betrifft die Ordonnanzwaffe. Praktisch-militärisch macht die Heimabgabe überhaupt keinen Sinn mehr. Die Vorstellung, der Soldat müsse sich mit der eigenen Waffe notfalls zum Mobilisierungsplatz durchkämpfen, ist völlig überholt.

Dass sie für die Ausbildung und das Obligatorische nötig ist, stellt selbst der Armeechef André Blattmann in Frage. Vor gut einem Jahr sagte er in einem NZZ-Interview: «Wenn das gelten soll, muss man das Obligatorische ändern und das den Schützenvereinen sagen. Unter dem Aspekt der Wehrbereitschaft brauchen wir keine 300-Meter-Schiessstände.»

Die vierte Forderung lautet: «Der Bund führt ein Register für Feuerwaffen». Letztes Jahr erhielten wir vom



Am 30. November referierte der Luzerner SP-Grossrat Lathan Sintharalingam auf Einladung der von Anne Seydoux (CVP JR), Dick Marty (FDP TI), Carlo Sommaruga (SP GE) und Jo Lang präsidierten parlamentarischen Gruppe Menschenrechte im Bundeshaus über die Situation in Sri Lanka. Auf dem Gruppenfoto in der Wandelhalle stehen (v.l.n.r.) Andy Tschümperlin (SP SZ), Prisca Birrer-Heimo (SP LU), Jo, Lathan, Alain Bovard (Amnesty International) und Hans-Jürg Fehr (SP SH).

Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement eine Medienmitteilung mit dem Titel: «Obligatorische Registrierung aller Pferde-, Fisch-, Bienen- und Geflügelhaltungen.» Darin stand der Satz: «Ab dem 1. Januar 2010 werden alle Betriebe, welche Pferde, Geflügel, Speisefische oder Bienen halten, zentral registriert – dies gilt auch für Hobbyhaltungen. Zusätzlich müssen bei den Schweinen ab dem 1. Januar 2011 alle Zugänge der Tierverkehrsdatenbank (TVD) gemeldet werden.»

In der Schweiz ist seit langem jede Kuh, neuestens jedes Schwein, jeder Hund, jedes Bienenvolk, jede Hühnerschar, jeder Speisefischschwarm zentral registriert. Sind sie gefährlicher als Schusswaffen?

#### **Waffen einsammeln**

Fünftens fordert die Initiative vom Bund, die Kantone bei Aktionen zum Einsammeln von Feuerwaffen zu unterstützen. Ein Grossteil der 2,4 Millionen Waffen, die in Schweizer Haushalten aufbewahrt werden oder verstaut sind oder herumliegen, sind ehemalige Ordonnanzwaffen. Viele Leute wären froh, sie könnten sie unbürokratisch loswerden. Die bisherigen Einsammelaktionen der Kantone haben, obwohl sie häufig allzu kurzfristig angekündigt worden waren, ermutigende Resultate gezeitigt.

Mehr als 30'000 Waffen wurden abgegeben und weitere 20'000 Waffen nachgemeldet. Das gemeinsame Organisieren von Sammeltagen könnte hier noch viel mehr bringen.

Schliesslich soll sich die Schweiz auf internationaler Ebene dafür einsetzen, dass die Verfügbarkeit von Kleinwaffen und leichten Waffen weltweit eingeschränkt wird. So gibt es einen starken Zusammenhang zwischen Kleinwaffen und Kindersoldaten. Wie aber wollen wir ausserhalb der eigenen Grenzen glaubwürdig etwas fordern, das wir innerhalb nicht vollziehen?

#### **Mehr Sicherheit, aber nicht weniger Freiheit**

Die Volksinitiative Schutz vor Waffengewalt erhöht die Sicherheit, ohne irgendeine Grundfreiheit einzuschränken. Es ist kein Freiheitsrecht, die Ordonnanzwaffe nach Hause zu nehmen. Es ist keine Zumutung, wenn von Sportschützen eine Lizenz verlangt wird. Aber es ist eine Zumutung, wenn weiterhin in Kauf genommen wird, dass fast jeden Tag in der Schweiz ein Mensch stirbt, weil Feuerwaffen derart stark verbreitet und derart leicht zugänglich sind. ■

# Waffe und Würde

Josef Lang, Nationalrat Alternative – die Grünen Zug

## 6 Wie lässt es sich erklären, dass die Traditionalisten an der Heimabgabe der Militärwaffe festhalten und ein zentrales Waffenregister als Fichierung auffassen?

Der Umstand, dass es in der Waffenfrage im bürgerlichen Lager einen auffällig tiefen Graben zwischen den Geschlechtern gibt, spricht dafür, die Antwort in den geschichtlichen und seelischen Tiefenschichten der bürgerlich-traditionalistischen Männerwelt zu suchen. Es gibt ein spezifisch schweizerisches Verhängnis von Waffe und Würde.

### «Braut des Soldaten»

Unter den alten Eidgenossen galt der in den 1980er Jahren gegen die GSoA wieder in Erinnerung gerufene Grundsatz: «Wehrlos gleich ehrlos.» So diente an der Appenzeller Landsgemeinde der Degen als eine Art Stimmausweis. In der Armee wurde das Sturmgewehr bis vor kurzem als «Braut des Soldaten» bezeichnet. Noch vor zwei Jahren beschwor der Schützenverbandspräsident Peter Schmid in Anwesenheit seines Bruders Samuel am 20. Schweizerischen Sportschützenfest in Reinach die Verknüpfung von Bürgerrecht und Bewaffnung: «Die Macht beim Volk, die Waffe beim Mann». In solchen Sprüchen liegt eine der Haupterklärungen für die späte Einführung des Frauenstimmrechts in der Schweiz. Die Ideologie des Waffenbesitzes als Privileg des selbstverantwortlichen Bürgers erklärt aber auch, warum in der Schweiz bis vor wenigen Jahren mit der Ordonnanzwaffe relativ wenige Verbrechen und Selbstmorde begangen wurden.

### «Wehrhaft gleich ehrhaft»

Allerdings schwächen die gesellschaftlichen Veränderungen die disziplinierende Wirkung der Verbindung von Wehrhaftigkeit und Ehrhaftigkeit. Die Auflösung traditioneller Ehrgefühle und Tabus erleichtern den Gebrauch von Dienstwaffen als Drohmittel gegen Ehepartner und

Kinder, aber auch als Mord- und Selbsttötungs-Instrumente. Die Individualisierung der Gesellschaft mindert die soziale Kontrolle über den Gebrauch von Schusswaffen.

Damit entfaltet die unberechenbare Seite der Verbindung von Waffe und Würde eine umso verheerendere Wirkung und zwar sowohl bei unangepassten wie auch bei überangepassten Männern. Der querulantische Aussen-seiter Leibacher versuchte mit den Waffen, seine «Ehre» als Privatperson wiederherzustellen und sich als schützenswerter Vater zu beweisen. Gleichzeitig wollte er sich als «rechtschaffener» Bürger an der so genannten «Zuger Mafia» rächen und an Ort und Stelle den Staat wieder in «Ordnung» bringen. Der bis zum 30. April 2006 hochanständige Prokurist Gerold Stadler versuchte, sich mit der Offizierspistole, einer besonderen Ehrenwaffe, an den vermeintlichen Schuldigen seines Scheiterns als Familienvater zu rächen und gleichzeitig seine private Welt wieder in «Ordnung» zu bringen.

### Vormoderne Freiheit

Die gleichen Kreise, die das Recht auf Waffenbesitz als Grundrecht verteidigen und die Registrierung der Waffen vehement bekämpfen, sind dafür, dass Fussballfans ohne richterliche Anordnung fichiert oder bereits ab dem 15. Altersjahr in Polizeigewahrsam genommen werden können. Sie definieren Freiheit nicht über die modernen Menschen- und Bürgerrechte, sondern über die traditionelle Zugehörigkeit zum wehrhaften Teil des Männervolks. Deshalb fällt es ihnen so leicht, die liberalen Freiheitsrechte abzubauen. Deshalb fällt es ihnen so schwer, die Sicherheit über eine Verschärfung des Waffengesetzes auszubauen. ■

Ankündigung

**Podium: Volksinitiative Schutz vor Waffengewalt – Ja oder Nein?**

#### Auf der Ja-Seite:

Rosmarie Zapfl, alt Nationalrätin CVP (ZH), Präsidentin Alliance F., Mitglied Initiativkomitee

Prisca Birrer-Heimo, Nationalrätin SP (LU), Mitglied Sicherheitspolitische Kommission (SiK)

Josef Lang, Nationalrat Alternative-die Grünen (ZG), Ausschuss Initiativ-Komitee, Mitglied SiK

#### Auf der Nein-Seite:

Corina Eichenberger, Nationalrätin FDP (AG), Mitglied SiK

Jakob Büchler, Nationalrat CVP (SG), Co-Präsident Komitee gegen Waffenschutz-Initiative, SiK-Präsident

Pirmin Schwander, Nationalrat SVP (SZ), Oberst, Präsident AUNS

**Diskussionsleitung:** Christian Peter Meier, Chefredaktor Neue Zuger Zeitung

**Donnerstag, 13. Januar, 20 Uhr, Burghausaal, Zug**

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

Ankündigung

**Zuger Aktionstag am 15. Januar**

Machen Sie mit am Aktionstag zum Schutz vor Waffengewalt am Samstag, dem 15. Januar! Genauere Infos erfährt ihr auf [www.alternative-zug.ch](http://www.alternative-zug.ch) und [www.schutz-vor-waffengewalt.ch](http://www.schutz-vor-waffengewalt.ch)

# Too big for jail in Genf

Jean Ziegler | Bild [www.messedornbirn.at](http://www.messedornbirn.at)

**Das Fundament der Demokratie ist die Gewaltenteilung: Exekutive, Parlament und Justiz sind die drei Grundpfeiler. Die Schweiz ist eine Demokratie. Nur: Wenn es um Bankhalunken geht, funktioniert die Justiz praktisch nie.\***



Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor.

Die Stimme François Longchamps, des Präsidenten des Genfer Staatsrates, zitterte vor Zorn. «Die Wahrheit über den Zustand der Bank wurde uns beharrlich und willentlich verschwiegen. Seit 1990. Und plötzlich, im Jahr 2000, musste sich der Staat massiv verschulden, um die Kantonbank zu retten. Die Rettung kostete uns 2,37 Milliarden Franken. Wir mussten es tun: Wäre die Bank in Konkurs gegangen, hätten wir 4,5 Milliarden bezahlen müssen. Wegen der Staatsgarantie. Jeder Bewohner unseres Kantons hat 11'000 Franken aufgebracht. Dieses Opfer, das der Steuerzahler bringen musste, wurde verschuldet von Leuten, die uns belogen hatten.» (Le Matin, 10.10.2010)

## Ehrenmänner

Longchamp ist kein Linker, sondern ein strammer Rechtsfreisinniger. Sein Zorn entlud sich am Freitag, dem 7. Oktober, vor dem Genfer Geschworenengericht. Der Monsterprozess gegen die fünf Hauptangeklagten soll sechs Wochen dauern. Der Genfer Generalstaatsanwalt und seine Untersuchungsrichter brauchten ganze zehn Jahre, um die Anklageschrift auszuarbeiten! Auf der Anklagebank sitzen fünf lokale Ehrenmänner: Der ehemalige Bankpräsident und alt CVP-Nationalrat Dominique Ducret, der ehemalige Generaldirektor Marc Fues, der ehemalige Direktor für Kreditfragen René Curti und zwei frühere Kader der Revisionsge-

sellschaft Ernst&Young. Den Angeklagten wird vorgeworfen, befreundete Immobilienspekulanten mit Hunderten Millionen dubioser Kredite versorgt zu haben. Falsche Expertisen der zu belehnenden Immobilien waren gemäss Anklage an der Tagesordnung. Als das Kartenhaus zusammenbrach, erliess die Direktion der Kantonbank den meisten Spekulanten ihre Schulden.

Das Fundament der Demokratie ist die Gewaltenteilung: Exekutive, Parlament und Justiz sind die drei Grundpfeiler. Die Schweiz ist eine Demokratie. Nur: Wenn es um Bankhalunken geht, funktioniert die Justiz praktisch nie.

## Vergoldeter Ruhestand

Den Wegelagerern der UBS wird weder ein Straf- noch ein Zivilprozess gemacht. Nicht mal eine parlamentarische Untersuchungskommission kam zustande. Vergangenes Jahr richtete die Waadtländer Justiz über die Verantwortlichen der damals konkursreifen Lausanner Kantonbank. Fazit: Alle wurden freigesprochen. Gross anders wird der Geschworenprozess in Genf auch nicht ausgehen. Der millionenschwere Wirtschaftsanwalt Ducret kreuzt im schwarzen Mercedes fröhlich durch Genf. Marc Fues geniesst sein riesiges Weingut in Südfrankreich. Ihre Komplizen von Ernst&Young erfreuen sich des vergoldeten Ruhestands. Jean-Jacques Rousseau wurde mit 21 Jahren aus der Republik Genf verjagt. Bereits weltberühmt, wurden auf Geheiss des Kleinen Rates 1762 seine Bücher vor dem Genfer Rathaus verbrannt. Rousseau schrieb: «Der Reiche trägt das Gesetz in seinem Geldbeutel.» Recht hat er, der Uhrmacher aus Genf.

\*Dieser Artikel ist zuerst erschienen in der Zeitung «Work» am 22. Oktober 2010. ■

# Vier auf einen Streich

Gesprächsleitung Martin Stuber, Redaktion BULLETIN | Bilder BULLETIN

**8** Der «Super Sunday» am 3. Oktober hat nicht nur zu einer Riesenmenge an KandidatInnen geführt, sondern auch zu einer riesigen Liste mit Wahlergebnissen. Die Wahlen in den Gemeinden haben den alternativen Taucher im Kantonsrat (siehe Seite 14) zum Teil kompensiert. In Baar und in Zug gab es zusätzliche Sitze in der Exekutive, in Oberägeri und in Risch-Rotkreuz konnten umkämpfte Sitze gehalten werden. Das BULLETIN hat die vier neuen GemeinderätInnen am 27. November zum Gespräch am runden Tisch versammelt.

**BULLETIN:** Mich würde als Erstes interessieren, ob ihr mit der Wahl gerechnet habt.

**Marianne:** Zusammen mit Stefan Betschart waren wir zu zweit auf der Liste, beide doppelt aufgeführt. Der fünfte Platz war leer. Ich habe 23 Stimmen mehr erhalten als Stefan. Das knappe Resultat bestätigt, dass beide valabel waren.

**Berty:** Auch in meinem Fall war die Wahl knapp. Ich lag 87 Stimmen vor Alois Gössi von der SP. Aber vom Gefühl und von der Resonanz in der Bevölkerung her war ich sehr zuversichtlich, dass ich gewählt werde.

**Vroni:** Ich habe nicht damit gerechnet. Wir hatten die einzige Stadtratsliste mit fünf Personen ohne Vorkumulierung. Im Nachhinein betrachtet war das eine gute Entscheidung, die Liste war sehr glaubwürdig.

**Paul:** Wir haben in Oberägeri 2 Prozent verloren. Ich hatte zugesagt, in der Hoffnung, den Sitz verteidigen zu können. Es brauchte jemand, der im Dorf verankert ist, und das ist bei mir der Fall. Wäre ich nicht gewählt worden, wäre ich enttäuscht gewesen.

**BULLETIN:** Alle stehen unter dem Eindruck der Sitzverluste in Regierungs- und Kantonsrat, aber in den Gemeindeexekutiven konnten wir die Sitze verteidigen und haben sogar zwei dazu gewonnen. Im Kanton hat das Proporzglück von vor vier Jahren in Proporzpech umgeschlagen. Andererseits muss man auch sagen, dass wir zwar nicht viel, aber doch etwas Wähleranteile verloren haben. Und das erstaunt mich, wenn

man die gesamtpolitische Situation betrachtet. Habt ihr euch diesbezüglich Gedanken gemacht?

**PAUL:** Am vergangenen Mittwoch haben wir Parteiversammlung gehabt. Wir haben festgestellt, dass uns immer noch das „Sozialistisch“ unterstellt wird. Es gab auch Voten, wir sollten uns den Grünliberalen anhängen, die hätten jetzt Erfolg. Aber in Oberägeri ist die liberale Seite bereits abgedeckt...

**BULLETIN:** In den vergangenen Jahren ist aber genau das Gegenteil passiert: Die SGA gibt es seit langem nicht mehr.

**Paul:** Dennoch, das bleibt in den Hinterköpfen haften. Viele bei uns oben haben mit dem noch Mühe, und damit, dass wir die Armee abschaffen wollen.

**Berty:** Ich habe den Eindruck, dass unser Wählerpotential sich verschiebt. Der zunehmende Wohlstand im Kanton Zug reduziert in einem Teil der Bevölkerung die Sensibilität für grüne Themen. Das fällt mir auch beim Unterschriftensammeln auf. Vor allem bei „einfacheren“ Leuten war in der Wahlkampagne zu spüren, dass es eine Tendenz gibt, dem Trend nach noch mehr Steuersenkungen, Ausländerausschaffungen, und allgemein den rechten Anliegen nachzugeben. Unsere Grundanliegen haben zurzeit weniger Resonanz als früher.

**Vroni:** Zug zieht jene an, die reich sind, oder reich werden wollen...

**Marianne:** An der Gemeindeversammlung dieser Woche haben ein

wenig mehr als hundert Personen teilgenommen. Die Stimmbeteiligung bei den Wahlen betrug bei uns nur 40 Prozent. Ich denke, in der Politisierung von mehr Leuten liegt Potential, wir vergeben da viel.

**Berty:** Ich spüre eine allgemeine Politikverdrossenheit. Die gesellschaftliche Situation wird immer komplexer und die Rechtsbürgerlichen bringen sehr einfache, oft demagogische Antworten. Und viele, die eigentlich eher auf unserer Seite stehen, die noch nicht so politisiert sind, geben schnell auf. Das höre ich häufig. Und auch in Baar war die Wahlbeteiligung schlecht.

**Paul:** Die tiefe Wahlbeteiligung ist aber eine Folge des Wahlsystems. Für viele war das unverständlich.

**Berty:** Es gab zu viele Kandidaten. Bei uns gings zwar noch, aber ich habe Bekannte in Zug, die nicht wussten, wie sie korrekt abstimmen sollten. Sie waren richtig frustriert. Die Listen waren überhaupt nicht gut gestaltet.

**Vroni:** Ich weiss von Personen, die begonnen haben, in die Listen zu schreiben, aber dann alles liegen gelassen und nicht gewählt haben.

**BULLETIN:** In der Stadt hat die gemeinsame Liste 38 Prozent erreicht, mehr als die Listenpartner zusammen gezählt bei den GGR- und KR-Wahlen gemacht haben. Wie erklärst du dir diesen Erfolg, Vroni?

**Vroni:** Der Streit innerhalb der Bürgerlichen hat uns genützt. Wir haben aber auch Gas gegeben in der Wahlkampagne, weil wir wussten: Das war die Chance für einen dritten Sitz. Wir haben alle auch persönlich Gas gegeben. Und Dolfi Müller war als Stadtpräsident ein Zugpferd.

**BULLETIN:** Interessant ist der Vergleich zwischen Zug und Baar. In Baar hat die Linke einen Sitz in der Gemeindeexekutive verloren, in Zug einen gewonnen. Was ist der Unterschied zwischen den beiden Gemeinden?



**Vroni Straub-Müller**

Stadträtin in Zug, Schuldepartement  
Hebamme, Jg. 1963, Oberwil b.Zug  
Kantonsrätin, Co-Präsidentin CSP Zug



**Paul Iten**

Gemeinderat Oberägeri, Sozialabteilung  
Sekundarlehrer, Jg. 1954, Oberägeri  
Gründungsmitglied Forum Oberägeri;  
Vorstandsmitglied Forum Oberägeri  
Präsident STV Oberägeri

**Berty:** In Zug haben SP, Alternative und CSP gut zusammengearbeitet, in Baar nicht. Gegen aussen haben wir zwar auch eine gemeinsame Liste gehabt. Aber unsere Wählerschaft hat wohl mitbekommen, dass es bis zur gemeinsamen Liste stark geharzt hat. Es war ja auch in den Medien. Wir mussten zwei Mitgliederversammlungen durchführen, weil die SP nach der ersten plötzlich neue Bedingungen gestellt hat, die inakzeptabel waren. Dadurch hat die gemeinsame Liste an Zugkraft und Glaubwürdigkeit verloren. In Zug war es genau das Gegenteil, mit dem entsprechenden positiven Resultat. Das sollte der Linken eine Lehre sein!

**BULLETIN:** Gab es bei euch lokale Themen, welche bei den Wahlen eine Rolle gespielt haben?

**Paul:** Bei uns ist das Wohnen ein Riesenproblem, unabhängig von den Wahlen. Das wird uns in den nächsten Jahren beschäftigen. Junge können es sich nicht mehr leisten, nach der Lehre oder dem Studium in Oberägeri eine Wohnung zu mieten oder gar zu kaufen. Sie müssen wegziehen, zum Beispiel nach Sattel oder Rothenturm.

**Berty:** Mir hat einerseits das Engagement im Abstimmungskampf gegen die Tangente geholfen. Das hat mich bekannt gemacht und viel Sympathie eingebracht, auch bei Bürgerlichen. Zweitens das lokalpolitische Engagement als Kantonsrätin gegen gewisse Mobilfunkantennen-Standorte. Da habe ich eine andere Gruppe von Menschen angesprochen.

**Marianne:** Ich war politisch eher ein No-Name. Meine Wahl war Ergebnis der treuen Wählerschaft – es ist ein Vertrauensvorschuss.

**BULLETIN:** Gab es spezielle Themen, welche bei den Wahlen eine Rolle gespielt haben?

**Marianne:** Im ganzen Jahr 2010 war die Bebauung vom Gut Aabach ein Thema. Die Positionierung diesbe-



**Marianne Schmid**

Gemeinderätin in Risch-Rotkreuz,  
Abteilung Soziales/Gesundheit  
Personalleiterin und Mitglied der  
Geschäftsleitung bei Pöyry Infra AG,  
Zürich (ehemals Electrowatt), Jg.  
1969, Buonas  
Mitglied Komitee Tiefbahnhof Luzern

züglich war wichtig. Wohnraum ist auch ein Thema, vielleicht etwas weniger verschärft als in Oberägeri. Auch Wohnen im Alter ist ein sehr aktuelles Thema.

**Berty:** In Baar haben wir verschiedene Themen zusammen mit der SP besetzt, z.B. das Wohnen. Die Alternative definiert sich stärker unter dem Stichwort Finanzplatz Zug. Glencore, Xstrata, Rohstoff-Handelsplatz Zug, das wird eher den Alternativen zugeschrieben.

**Vroni:** Die vier Jahre Arbeit in Stadt- und Kantonsparlament waren wohl entscheidend. Mein Engagement beim Hertistadion, wo ich prominent als Gegnerin aufgetreten bin, dann bei der Belvedere-Abstimmung. Dadurch ist die Person Vroni Straub, die gegen den Strom schwimmen kann, die mutig für etwas einsteht, immer ein wenig in Erscheinung getreten. Das höre ich oft.



**Berty Zeiter**

Gemeinderätin in Baar, Abteilung  
Soziales/Familie, Sachbearbeiterin,  
Ausbildung als Primarlehrerin, Jg.  
1956, Baar  
Vorstand Alternative – die Grünen  
Baar, Vorstand Alternative – die Grünen  
des Kantons Zug

**BULLETIN:** Beim Belvedere mit Erfolg, beim Hertistadion dagegen nicht.

**Vroni:** Beim Hertistadion muss ich übrigens immer wieder erklären, dass ich nicht gegen das Stadion, sondern gegen den Verkauf des Bossard-Areals war...

Exekutivwahlen sind Personenwahlen, die Person steht im Vordergrund, und es ist halt ein Vorteil, wenn frau bekannt ist. Ich bin in Zug aufgewachsen und komme aus einer politisch aktiven Familie.

**BULLETIN:** Du hast Urs Bertschi deutlich geschlagen – trotz seiner massiven gemeinsamen Kampagne mit Dolfi. Er ist wesentlich länger aktiv in der Stadt als du, er ist SP-Fraktionschef im GGR.

**Vroni:** Gut, ich war die einzige Frau auf der Liste. Und die Frauenförderung der Alternative diesbezüglich ist super. Niemand hat das so ge-



macht wie wir. Ich war zur richtigen Zeit am richtigen Ort zusammen mit den richtigen Leuten.

**Berty:** Das war auch für mich einer der Vorteile. Wahrscheinlich haben viele gefunden, dass im Baarer Gemeinderat neben Sylvia Binzegger von der CVP noch eine weitere Frau nötig sei.

**Paul:** Bei uns war es ähnlich mit der FDP-Kandidatin. Es ist aber schwierig, Frauen zu finden. Wir hätten gerne mehr Frauen aufgestellt.

**BULLETIN:** Es ist auffällig, dass bei den Bürgerlichen und zum Teil auch bei der SP ein regelrechter Einbruch bei den Frauenkandidaturen stattgefunden hat. Bei den Alternativen konnte man einen fifty-fifty-Anteil halten.

**Marianne:** In Rotkreuz waren auf allen bürgerlichen Listen die Spitzenplätze von Männern besetzt. Die Frauen waren eher da, um die Listen zu füllen.

**BULLETIN:** In dieser Frage gibt es ein Rollback. Die Abschaffung der Gleichstellungskommission passt in dieses Bild. Zwei von euch drei Frauen sind allein in der Exekutive, Berty ist zu zweit bei sieben Sitzen. Wie ist der Eindruck, in diesen Gremien zu sitzen, mit der Übermacht

der andern?

**Vroni:** Im meinem Fall kann man nicht von der Übermacht der Bürgerlichen reden, da wir Linken zu dritt sind. Aber in Bezug auf die Übermacht der Männer, da bin ich gespannt, wie das kommt.

**Marianne:** In meinem Fall bin ich die einzige Frau und einzige Linke. Wir haben uns bereits ein paar Mal getroffen und ich habe bisher noch nicht den Eindruck gehabt, eine ganz schwierige Ausgangssituation zu haben. Bisher haben wir uns aber mit Themen befasst, welche das Links-rechts-Verhältnis nicht betreffen. Ansonsten bin ich es gewohnt, in von Männern dominierten Gremien zu arbeiten. Ich mache das auch nicht ungern.

**Paul:** Wir sind ebenfalls bereits zusammengesessen. Das Links-rechts-Denken ist im Gemeinderat nicht vorhanden. Davon spürt man fast nichts. Im Gemeinderat hat man in den letzten Jahren wirklich gut zusammengearbeitet.

**Berty:** Auch in Baar habe ich diesen Eindruck. Das war auch mit ein Grund, um zu kandidieren. Ich habe gespürt, dass im Gemeinderat Personen sitzen, die einander zuhören. Im Gemeinderat herrscht eine sehr offene Atmosphäre. Und Sylvia Binzegger ist froh,

eine zweite Frau im Rat zu haben. Ich bin zuversichtlich, dass mir, wenn ich mit einem sachlich begründeten Anliegen komme, zugehört wird, dass nicht einfach aus Prinzip abgelehnt wird, wie ich es im Kantonsrat leider immer wieder erlebe.

**Vroni:** In Zug ist die Situation schon ein wenig anders. Die bürgerliche Seite im Parlament rüstet auf, weil sie Angst vor der linken Übermacht im Stadtrat hat. Der Druck erfolgt über Budgetkürzungen und Beschneidung von Kompetenzen.

**BULLETIN:** Mein Eindruck ist, dass die Exekutivmitglieder von Alternative und CSP nicht so stark untereinander vernetzt sind. Täuscht der Eindruck?

**Berty, Vroni:** Wir haben bereits ein gemeinsames Projekt.

**Berty:** Ich bin im kantonalen Vorstand der Alternativen. Im Vorstand haben wir beschlossen, Ende Januar 2011 eine Retraite durchzuführen. Manuela hat gleichzeitig den Wunsch geäußert, in engeren Kontakt zu den Exekutivmitgliedern in den Gemeinden zu treten. Das ist auch mein Anliegen. Wie setzt man alternative Politik um? Was bedeutet das für die Sachpolitik? Mein Vorschlag war, zeitgleich zur Retraite des Vorstandes und am gleichen Ort eine kleinere Retraite der Exekutivmitglieder durchzuführen. Der Vorschlag wurde angenommen, ich habe alle Exekutivmitglieder kontaktiert. Alle haben zugesagt. Zuerst geht es um das gegenseitige Kennenlernen und um einen Austausch in der Frage, wie man alternative Politik umsetzt. Das ist ein erster Schritt zur Vernetzung, mit dem kleinstmöglichen Aufwand.

**Paul:** Es würde schon viel bringen, würde man mehr zusammen arbeiten. Es ist aber auch ein Problem der Ressourcen, man hat als Exekutivmitglied viele Termine. ■



# Der radikale Samaritaner

Josef Lang, Nationalrat Alternative – die Grünen Zug

**Im kürzlich erschienen Buch «Was der Mensch braucht» stellt Josef Lang die Geschichte vom barmherzigen Samaritaner in einen aktuellen Zusammenhang.\* Wir bringen einen Auszug aus dem längeren Text.**

**Die Erzählung vom «barmherzigen Samaritaner» (Lukas 10,29-37) gehört zu den bekanntesten Geschichten des Zweiten Testaments. Allerdings wird ihre Radikalität – etwa im Unterschied zur Bergpredigt – kaum wahrgenommen.**

## Sanfter Zwang einer starken Geschichte

Jesus' Kernbotschaft lässt sich aus dem Dialog mit dem Schriftgelehrten lesen. Der Hintergrund dessen Frage «Und wer ist mein Nächster?» liegt im hergebrachten Verständnis, dass dies nur die Angehörigen des eigenen Volkes und Glaubens einschliesslich derer Gäste sind. Der gestellten Falle weicht Jesus aus, indem er zuerst eine Geschichte erzählt und dann den Schriftgelehrten selber die Frage beantworten lässt, «wer von diesen dreien» dem Opfer «der Nächste geworden» ist. Mit dem sanften Zwang einer starken Geschichte bringt er den Traditionalisten dazu, eine revolutionäre Antwort zu geben. Als «Nächster» verhielt sich der, der nicht dazu gehört – im Gegensatz zu den beiden Volks- und Glaubensgenossen. Dies bedeutet, dass a) die Taten und nicht die Worte oder Gesetze oder Dogmata zählen, b) «der Nächste» nicht durch Zugehörigkeiten oder Grenzen (fines) de-finiert wird und c) sich jeder als «Nächster» erweisen kann und muss.

## Humanistisch und universalistisch

In der Geschichte hat es ein überraschendes Momentum, das die jesuanische Kernaussage verdeutlicht. Aufgrund der verbreiteten antiklerikalen Stimmungslage dürften die Zuhörerinnen und Zuhörer erwartet haben, dass Jesus nach den beiden Negativbeispielen Priester und Tempeldiener einen Laien aus dem gleichen Volk als positives Gegenbeispiel bringt. Indem er diese Rolle einem Nichtangehörigen, also einem,

der offiziell als «Nächster» gar nicht in Frage kommt, zuweist, wird deutlich, dass es ihm nicht um eine blosser Desavouierung des eigenen Establishments gegangen ist. Es ging dem Juden Jesus um viel mehr: um die Schaffung einer neuen Moral mit humanistischem und universalistischem Potenzial.

Hier liegt das Auffälligste, Unerhörteste, Bedeutendste der Jesuanischen Botschaft: Alle tragen gemeinsam Verantwortung für alle. Der Grund zur Solidarität liegt nicht mehr in der Zugehörigkeit zum eigenen Volk oder zum eigenen Glauben. Dabei ist nicht entscheidend, was «alle» damals bedeutete. Bei Paulus ist der Kreis bereits weiter gezogen. In seinem Brief an die Galater aus den 50er Jahren schreibt er: «Da ist weder Jude noch Grieche, da ist weder Sklave noch Freier, da ist nicht Mann und Frau.» (Gal 3,28) Heute, wo die Welt zu einem Dorf geworden ist, und die Erde zu einem höchst verletzlichen Planeten, ist klar: Wir sind herausgefordert, uns gegenüber allen Menschen und der ganzen Schöpfung als «Nächster» zu erweisen.

## Prinzip Verantwortung im Zugerland

In keinem Schweizer Kanton stellt sich der universalistisch-humanistische Anspruch der samaritanischen Botschaft derart konkret und umfassend wie in meinem Kanton. Es gibt wenige Wirtschaftsstandorte, die mit dem Globus derart eng verbunden sind, die von anderen Ländern derart stark profitieren wie der Kanton Zug. So gehört der Zuger Rohstoffhandels-

platz zu den wichtigsten auf diesem Planeten. Nirgendwo wird mehr Kaffee umgesetzt, nur an wenigen Orten werden mehr Metalle gehandelt. Etliche Zuger Christinnen und Christen stellen sich der globalen Verantwortung, welche sich aus der globalen Zentrumsfrage ergibt. Andere «gehen vorüber», wenn Zusammenhänge zwischen hiesigem Reichtum und dortiger Armut thematisiert werden. Wer den «barmherzigen Samaritaner» in seiner universalistisch-humanistischen Radikalität erfasst, wird sich bewusst, dass «Nächstenliebe» in einer globalisierten Welt nicht anderes ist als «Fernstenliebe», um mit einem Wort aus Hans Jonas «Prinzip Verantwortung» zu schliessen.

\*Achim Kuhn (Hg.): Was der Mensch braucht. Schweizer Persönlichkeiten über einen religiösen Text in ihrem Leben, Theologischer Verlag, 2010 Zürich. ■

# Ein Blick in die Vergangenheit

Rosemarie Fährndrich Burger, Fraktionschefin 2007/08, und Erwina Winiger, Fraktionschefin 2009/10 der Alternativ Grünen Fraktion | Bilder Fraktion

12

**Ein Blick in die Vergangenheit macht nur Sinn, wenn er der Zukunft dient. Mit diesem Zitat von Adenauer hält die Fraktion Rückschau auf die vergangenen vier Jahre. Fast hundert halbtägige Kantonsratsitzungen. Halb so viele Fraktionssitzungen. Drei Klausurwochenenden im Kloster Kappel. Unzählige Kommissionssitzungen, Berge von Akten und hunderte Begegnungen – was bleibt von den Aktivitäten der letzten vier Jahre?**

Der herzliche und zuverlässige Umgang untereinander zeichnet die AGF aus. Rosemarie Fährndrich Burger leitete die Fraktion während der beiden ersten Jahre. Sie gab ihr Amt bei Halbzeit an Erwina Winiger weiter. Zu jener Zeit fand auch der Namenswechsel zu «Alternativ Grüne Fraktion» (AGF) statt. Die Fraktionsarbeiten wurden von verschiedenen Mitgliedern geleistet. Das entlastete einerseits die Fraktionschefin und diente andererseits dem Teamgedanken. Die gemeinsamen Abendessen vor den Fraktionssitzungen im Restaurant Schiff förderten den vielfältigen Meinungsaustausch. Die Dissonanzen aus der Ortsgruppe der Stadt Zug wurden auch in der Fraktion spürbar. Innerhalb der Fraktion haben die unterschiedlichen Meinungen ausreichend Platz. Im Herbst 2008 wurden wir von unserer Regierungsrätin, Manuela Weichelt-Picard, zum Rötelesen ins Restaurant Eierhals nach Morgarten eingeladen.

## Highlights, Tiefschläge

Politische Highlights und Tiefschläge halten sich das Gleichgewicht. Im Folgenden eine Zusammenfassung der Ereignisse und der Arbeit der vergangenen Amtsperiode:

- Wir sind eine sehr aktive Fraktion. Das zeigen unsere Präsenz und die klaren Kantonsratsvoten, auch wenn die Kantonsratsitzungen oft ernüchternd sind. In den letzten Jahren hat sich der Graben zwischen links und rechts vertieft. Wir Grünen und Linken sind klar in der Minderheit. Es ist so für die Bürgerlichen ein Leichtes, unsere Vorstösse abzuschmettern.

- Die Verhärtung der politischen Blöcke führt dazu, dass Vorstösse zu Umweltthemen sehr kontrovers behandelt werden. Einerseits gibt sich der Rat nach aussen grün, sei dies beim Kleintierkorridor im Chamer Städtlerwald oder bei der Genehmigung eines schwammigen Energieleitbildes. Andererseits werden Vorstösse zur Anschaffung einer Wärmebildkamera, Sanierung von einfach verglasten Schaufenstern oder ähnliche Anliegen gar nicht erst überwiesen.
- Durch Ratsentscheide kommen regelmässig neue Aufgaben auf das Verwaltungspersonal zu. Der damit erforderliche Personalbedarf wird aber oft ignoriert. Das Personalamt hat keinen Überblick über die Absenztage und -gründe, wie dies aus einer Antwort der Regierung hervorgeht.



Themen, die von der Alternative Grüne Fraktion massgeblich geprägt wurden.

- Was lange währt, wird endlich gut. Ein Höhepunkt, der öffentlich wahrnehmbar ist: Das Nichtrauchergesetz wurde am 1. Mai 2010 eingeführt. Liliane Hurschler und Manuela Weichelt-Picard waren vor zehn Jahren Pionierinnen mit ihrer Forderung für ein kantonales Rauchverbot im öffentlichen Raum.
- Die beiden Strassenbau-Megaprojekte, Umfahrung Cham-Hünenberg und Tangente Neufeld, waren grosse Niederlagen. Die beiden Abstimmungskämpfe waren allerdings positive Erfahrungen. Die Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg spielte ausgezeichnet. Die Vernetzung war gut. Die Projektgruppe trifft sich noch regelmässig.
- Erwina Winiger präsidierte die Kommission für öffentlichen Verkehr. Alle Anträge waren im Kantonsrat erfolgreich, u.a. die Erweiterungsbeiträge an die Stadtbahnlinie Zug-Walchwil, die Investitionsbeiträge an die Schifffahrtsgesellschaft für den Zugersee und die Zugerbergbahn sowie auch die Änderung des Tourismusgesetzes. Erfolgreich war auch Martin Stuber mit seinem Antrag zur Verwendung des Ertragsüberschusses 2008. Die Rechnung 2008 wurde an die Regierung zurückgewiesen. Statt vom Ertragsüberschuss Geld zu sprechen sind nun 400 Mio vom Eigenkapital für die Vorfinanzierung von Schieneninfrastrukturprojekten reserviert.
- Der Kantonsrat behandelt die Direktionen der beiden AGF-Regierungsmitglieder nicht gleichwertig zu den andern. Von sachlicher Politik ist keine Rede. Es scheint, als ob die Arbeit der beiden Direktionen bewusst beeinträchtigt werde. Das Qualitätsmanagement der Direktion des Innern kam nur mit Ach und Krach über die Runde. Den Gleichstellungsanliegen sind alle Grundlagen entzogen. Der Denkmalschutz erhält die personellen Ressourcen nicht. Es wird in Kauf genommen, dass die Arbeit zugunsten der Ge-



Hanni, Vroni und Stubi bereiten die nächsten Geschäfte vor.

meinden und vieler Bauprojekte nicht effektiv ist. Die Innovationschule scheint von einem andern Stern zu kommen. Offenbar mögen es viele Kantonsräte und Kantonsrätinnen unseren Regierungsmitgliedern nicht gönnen, dass sie erfolgreich eine gute Arbeit leisten können. Bedauerlich!

- Ins selbe Kapitel gehört die Geschichte rund um das Amt für Straf- und Massnahmenvollzug (ASM) und deren Untersuchung. Sie hat Rosemarie Fähndrich und Eric Frischknecht enorm Energie gekostet. Mit der abschliessenden Medienarbeit der Kommissionsleitung wurden die gute Kommissionsarbeit und der Exponent der Untersuchung, Alt-Regierungsrat Hanspeter Uster, diffamiert. Der Fraktion bleibt die Genugtuung, dass unser Wirbel um die Medienmitteilung der Kommission rechtens war. Ein Gutachten kam zum Schluss, dass keine Geheimnisse aus der Kommission ausgeplaudert wurden.
- Der Steuerwettbewerb und mit ihm die Tiefsteuerepolitik des Kantons wird ad absurdum getrieben. Wovor wir schon vor Jahren warnten, erkennen nun zunehmend auch mittelständische Bürgerliche. Die negativen Auswirkungen auf das Leben der sozial schwächeren Menschen und des Mittelstandes werden zusehends spürbarer. Die Geister, welche die rechtsbürgerlichen Kreise mit den regelmässigen Steuergesetzrevisionen riefen, wird der Kanton nicht mehr so schnell los.

#### Herausgepickte Rosinen: Wer hat was mitgeprägt?

- Rosemarie Fähndrich:** Untersuchung ASMV, entsprechende Öffentlichkeitsarbeit.
- Eric Frischknecht:** Untersuchung ASMV, Lichtverschmutzung, Umweltthemen.
- Stefan Gisler:** Steuerpolitik, Anliegen der Stadt Zug.
- Andreas Hürlimann:** Finanzplatz, Steuerpolitik.
- Anna Lustenberger:** Abstimmungen öffentliches Kantonsspital sowie Wahl- und Abstimmungsgesetz.
- Philipp Röllin:** Verkehrspolitik, Bildungsanliegen, Umweltthemen.
- Hanni Schriber-Neiger:** Bauvorhaben, Umweltthemen, war an allen Kantonsrat- und Fraktionssitzungen anwesend, hat fleissig Stimmen gezählt.
- Rupan Sivaganesan:** Migrationsthemen, Energiefragen.
- Martin Stuber:** Öffentlicher Verkehr, Verkehrspolitik, Raumplanung, 400 Mio für Schieneninfrastruktur.
- Vroni Straub:** Gesundheitsanliegen, öffentliches Kantonsspital.
- Erwina Winiger:** Vernetzungsarbeit zu andern grünen Fraktionen, Chancengleichheit
- Berty Zeiter:** Abstimmung Umfahrung Cham-Hünenberg und Tangente Neufeld, Verkehrspolitik.
- Mitglieder Büro:** Die Faktionschefinnen und Hanni Schriber-Neiger haben die Fraktion im Kantonsratbüro vertreten. Highlights waren die Besuche der Parlamente der Kantone St. Gallen, Baselland, Uri, Obwalden und Tessin.

- Die letzte Klausurtagung der AGF kam zum Schluss, die eigenen Ressourcen bewusster einzusetzen. Die Kantonsrattätigkeit an sich wird öffentlich wenig wahrgenommen. Es lohnt sich daher, mehr Energie in die Schwerpunkt- und Öffentlichkeitsarbeit zu verlagern. Auch soll die Zusammenarbeit mit den kantonalen Parteimitgliedern und den grünen Fraktionen umliegender Kantone verstärkt werden. Es bleibt auch die Hoffnung, dass

die Zusammenarbeit mit der SP zugunsten unserer gemeinsamen Anliegen normalisiert werden kann.

Wir begleiten die neue Fraktion auf ihrem Weg in die neue Legislatur mit guten Gedanken und Wünschen. Wir wünschen einen langen Atem, Mut zur Lücke, Humor, Gelassenheit und Erfolg. ■



# Die Wahlkreise, es sind die Wahlkreise!

Philippe Koch, Vorstand Alternative - die Grünen Zug | Illustrationen Philippe Koch und Paula Gisler

14

**Die Alternative – die Grünen Zug haben im Herbst die kantonalen Wahlen verloren. Im Kantonsrat gingen vier von zwölf Sitzen verloren, und Patrick Cotti wurde als Regierungsrat im Amt nicht wiedergewählt. Gleichzeitig konnte die SP die Sitzverluste der Alternative nicht kompensieren. Worauf ist die Niederlage der Linke im Kanton zurückzuführen? Mögliche Gründe werden im folgenden Artikel reflektiert und eine Einordnung vorgenommen.**

Die Niederlage war schmerzhaft. Nach dem durchschlagenden Wahlerfolg 2006 kam in diesem Oktober die Ernüchterung. Oder hatten wir nach dem «Proporzglück» von 2006 (siehe: BULLETIN 2006/04, S. 14) nun einfach Proporzpech?

## Kantonsrat

In Kantonsrat haben die Alternativen – die Grünen einen Drittel ihrer Sitze verloren. Wird jedoch der Stimmenanteil betrachtet, fällt der Verlust weitaus weniger dramatisch aus (siehe Abbildung 1). Der Stimmenanteil der Alternativen ist von 13 Prozent auf zirka 12 Prozent um knapp 1 Prozent gesunken. Die CVP und die FDP haben 2 bzw. 3 Prozent gegenüber 2006 verloren, währenddem die SP von 12 Prozent auf etwas mehr als 10 Prozent der Stimmen gesunken ist. Nur die SVP konnte unter den bestehenden Parteien zulegen, und zwar von etwa 20 auf mehr als 22 Prozent. Die GLP erreichte bei ihrem ersten Auftritt im Kanton Zug knapp 4 Prozent der Stimmen.

## Zu kleine Wahlkreise

Trotz der relativen Kontinuität hat die Alternative einen Drittel ihrer Kantonsratsitze verloren. Wie ist dieser Verlust zu erklären? Aufgrund der kleinen Wahlkreise im Kanton Zug können sich kleine parteipolitische Verschiebungen stark auf die Mandatsverteilung und damit auf die proportionale Verteilung der Stimmenanteile auswirken. Oder anders ausgedrückt: Vor vier Jahren hatten die Alternativen Proporzglück und dieses Jahr Proporzpech. Was salopp tönt, führt zu demokratischen Problemen. Nicht jede Stim-

me zählt gleich viel. Aus diesem Grund kommt das Bundesgericht zum Schluss, dass nur Wahlkreise dem Grundsatz der Stimmengleichheit entsprechen, wenn in jedem mindestens 10 Prozent der gesamten Kantonsratmandate zu verteilen sind. Eine entsprechende Klage aus Zug ist am Bundesgericht in Lausanne hängig.

## Mit Pukelsheim mehr Kontinuität

Ein repräsentativeres Bild im Kantonsrat verlangt nicht zwingend nach einer Veränderung der Wahlkreise. Mit der Verteilregel nach Pukelsheim bleiben die Gemeinden die entscheidenden Wahlkreise. Und doch sähe das Wahlergebnis sehr anders aus. Mit Pukelsheim gäbe es grössere Kontinuität und ein genaueres Abbild der Parteiverhältnisse im Kantonsrat. Werden die Kantonsratssitze nach einer einfachen Pukelsheim-Regel zugeteilt, ergibt sich für 2006 und 2010 folgendes Bild (siehe Tabelle 1). In diesem Fall hätten die Alternativen 2006 zwei Sitze weniger und 2010 zwei Sitze mehr gemacht. Mit 13 bzw. 12 Prozent Stimmenanteil kämen sie auf zehn Sitze. Die grössten Verluste wären bei den beiden Parteien der Mitte, der CVP und der FDP, zu verzeichnen gewesen.

## Der Auftritt der GLP

Die GLP hat in den vier Gemeinden, in denen die Partei angetreten ist, zwischen 5.5 Prozent (Cham) und 9.4 Prozent (Risch) der Stimmen erhalten. Gleichzeitig ist der gemeinsame Stimmenanteil der Alternative/SP in allen vier Gemeinden gesunken, wengleich in unterschiedlichem Umfang.

In Cham gingen mehr als 3 Prozent, in Baar knapp 2 Prozent der Stimmen verloren. Die Wählerschaft der GLP ist dementsprechend heterogen zusammengesetzt. In Risch scheint sie vor allem von der FDP, die dort mehr als 6 Prozent verloren hat, Stimmen gewonnen zu haben, während die SVP «nur» etwas mehr als 2 Prozent zulegen konnte. Die Gewinne der GLP (+5.9%) in Baar gehen vor allem auf Kosten der Alternativen (-2.6%) und der CVP (-4.1%). Die GLP hat neben linken also auch viele bürgerliche Stimmen gewonnen.

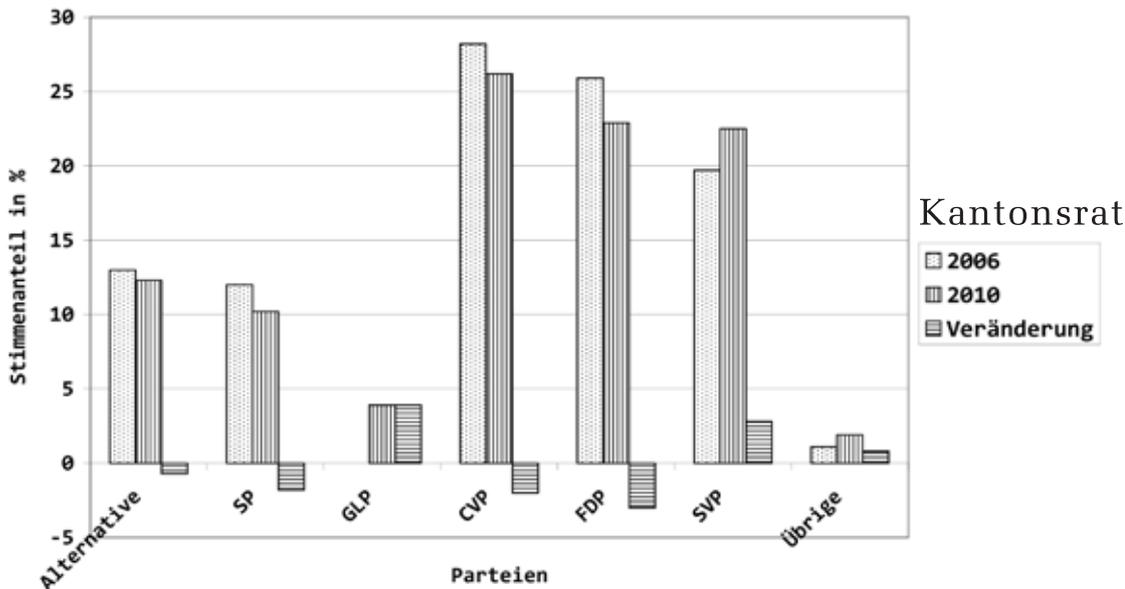
## Listengestaltung Kantonsrat

2006 gingen die Alternative und die SP in fünf Gemeinden mit gemeinsamen Listen in den Wahlkampf; 2010 gab es nur noch in zwei Gemeinden gemeinsame Listen. Die Resultate in diesen Gemeinden lassen keine eindeutigen Schlüsse zu. In zwei Gemeinden (Steinhausen und Baar), in denen keine gemeinsame Liste zustande kam, hat die Alternative jeweils ein Mandat verloren. In Hünenberg verlor die Alternative einen Sitz; sowohl 2006 als auch 2010 gab es in dieser Gemeinde eine gemeinsame Liste. In Risch konnte der eine Sitz gehalten werden, obwohl keine gemeinsame Liste mehr zustande kam. Die Resultate verdeutlichen, dass die Listengestaltung nicht alleine das Wahlresultat bestimmt. Generell lässt sich aber sagen, dass sich in kleinen Wahlkreisen der Stimmenanteil eher mit gemeinsamer Liste auch in Mandaten niederschlägt.

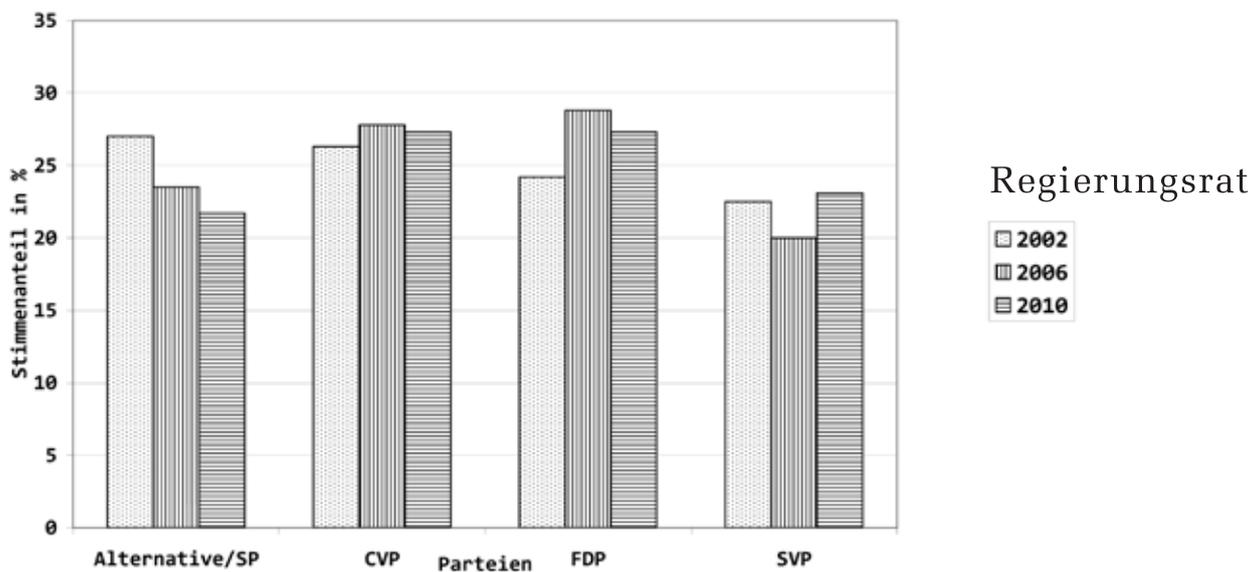
## Regierungsrat

Das Ergebnis der vereinigten Linken bei den Regierungsratswahlen war enttäuschend. Ein bisheriger Sitz ging verloren und der Stimmenanteil ist gegenüber 2006 nochmals gesunken (Abbildung 2).

Paradoxerweise – aber nicht unbenutzt (siehe BULLETIN 2006/4, S. 14) – hat die Liste der Alternative/SP



15



Die aktive Kampagne in der Stadt Zug hat sich gelohnt! (siehe Kasten Seite 16)



vor vier Jahren mehr Stimmenanteile verloren (-3.5%) als dieses Jahr, und trotzdem konnte man damals die beiden vakanten Sitze verteidigen. Dieses Ergebnis war nur möglich, weil

2006 die SVP ebenfalls mehr als 2 Prozent verloren hatte. In diesem Jahr konnte die SVP mehr als 3 Prozent zulegen und so die Alternative/SP überflügeln.

#### Kein Tännler-Effekt

Viele Beobachterinnen und Beobachter führten das gute Ergebnis der SVP im Regierungsrat auf die Beliebtheit des amtierenden Exekutivmitglieds Tännler zurück. Ein Blick auf die Zahlen zeigt jedoch keinen Tännler-Effekt. Von diesem könnte nur dann gesprochen werden, wenn Tännler «seinen» Stimmenanteil stärker ausgeweitet hätte, als «seine» Partei, die SVP im Kantonsrat. Dies ist jedoch nicht der Fall. Sowohl bei den Regierungsratswahlen wie auch bei den Kantonsratswahlen konnte die SVP gut 3 Prozent zulegen. Sicherlich profitierte Tännler vom Bisherigen-Bonus. Doch nicht nur er sondern die ganze SVP hat Stimmen gewonnen.

#### Listengestaltung Regierungsrat

Aufgrund der vorliegenden Zahlen kann nicht gesagt werden, ob die Alternative/SP mit einer anderen Li-



stengestaltung mehr oder weniger Parteistimmen erreicht hätte. Das Ergebnis von Patrick Cotti zeigt jedoch, dass auch er vom Bisherigen-Bonus profitieren konnte. So erhielt er praktisch gleich viele Stimmen von anderen Parteilisten wie Manuela Weichelt-Picard und etwa doppelt so viele wie Markus Jans. Auf den eigenen, aber veränderten Parteilisten wurde Patrick Cotti zudem mehr kumuliert als gestrichen. Es ist müssig, sich in «wenn-», «wäre-», «hätte-» Gedanken zu verlieren. Und trotzdem: Einem Bisherigen nur eine Zeile auf der Liste zu geben, führt sicherlich nur in den seltensten Fällen dazu, dass die Liste mehr Stimmen erhält.

### Fazit

Die wichtigste Erkenntnis der letzten Wahlen ist sicherlich, dass die Verluste der Alternativen eher auf die ungerechte Wahlkreiseinteilung zurückzuführen sind, als auf die Politik der Alternativen in den letzten vier Jahren. Also Kopf hoch! Für die nächsten Wahlen ist es dementsprechend wichtig, frühzeitig in den strategisch wichtigen Gemeinden, in denen buchstäblich jede einzelne Stimme zählt, zu mobilisieren. Mit dem neuen Wahlsystem, das Proporz- mit Majorz-Elementen mischt, ist eine gute Gestaltung der Listen, mit bekannten, charismatischen Köpfen noch wichtiger geworden. Und schliesslich: Parteien und Personen gewinnen Wahlen gemeinsam. Dementsprechend wichtig ist es, dass sowohl Parteien als auch die Personen präsent sind und dass sie positiv wahrgenommen werden. Für die Nationalratswahlen ist es zudem entscheidend, dass die Listengestaltung und die allfälligen Konflikte innerhalb der linken Parteien frühzeitig geklärt werden. ■

### Historischer Wahlsieg in der Stadt Zug

Stu. Vor vier Jahren fehlten ganze 39 Listenstimmen für die Sensation: Um ein Haar hätte die gemeinsame Liste von Alternativen, CSP und SP schon 2006 drei Sitze im Stadtrat gemacht. Statt Andrea Sidler-Weiss wäre Astrid Estermann Stadträtin geworden und mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit der Stadt einiges an Stadtrats-Knatsch erspart geblieben.

Jetzt hats gereicht, und wieder gegen die CVP, bloss dieses Mal mit einem Vorsprung von 340 Parteistimmen, was in etwa 80 Listenstimmen nach altem Wahlsystem entsprechen dürfte. Weitere 74 Parteistimmen dahinter kommt die FDP. Auch die FDP hat einen Sitz verloren – an die SVP.

### Spezielle Konstellation

Dass es eine Lotterie werden würde, war spätestens dann klar, als Andrea Sidler-Weiss alle Brücken hinter sich abgebrochen hatte und alleine kandidierte. Schon vorher war mit den Grünliberalen eine neue Unbekannte in die Arena gestiegen. Die grosse Frage war: Wem nehmen diese beiden Listen am meisten Stimmen weg und wer wird am Schluss davon profitieren. Denn dass beide null Chancen auf einen Sitz hatten, war rein wahrarithmetisch zum Vorneherein klar. Dafür war das Quorum von mindestens 12% Wahlanteil einfach zu hoch. Hinzu kam noch, dass die FDP nur noch mit einem Bisherigen, der erst gut ein Jahr im Amt war, antreten konnte, und die CVP ganz ohne Bisherige kommen musste. Nachdem die Tendenzen in der SP, welche noch im Sommer 2009 mit einem Alleingang geliebäugelt hatten, sich verflüchtigten, konnte die gemeinsame Liste mit zwei Bisherigen und einem starken gemeinsamen Auftritt ohne Knatsch und Hin und Her die Konstellation ausnützen.

### Überraschende Analyse

Eine näher Analyse der Resultate von 2006 und 2010 zeigt dabei überraschende Ergebnisse. So hat die CVP mit minus 2% weniger als erwartet verloren, während die FDP einen regelrechten Einbruch von 31.8% auf 24.2% hinnehmen musste. Da die SVP im Sog ihrer populistischen Referenden und vereinzelt Abstimmungserfolgen ihren Anteil von 12.1% auf 16.6% erhöhen konnte, war sie die zweite Gewinnerin.

Analysiert man die Panaschierergebnisse der Sidler-Liste und der GLP, liegt der Schluss nahe, dass die GLP vor allem der Linken und der FDP Stimmen abgeluchst hat, allerdings eben insgesamt nur wenige. Demgegenüber verteilt es sich bei Sidler-Weiss überraschend auf alle Parteien in etwa anteilmässig. Auf der gemeinsamen linken Liste waren es zwar nicht mehr 550 Panaschierstimmen wie 2006, aber mit 157 immer noch am meisten. Ein kleiner Frauenbonus dürfte da gespielt haben. Auch die gemeinsame Liste verzeichnete eine leichte Einbusse: von 40.8% auf 38.0%. So bleibt das Fazit: Der Einbruch der FDP, der nochmalige Rückgang der CVP auf ein historisches Tief und die Senkung des Quorums wegen der hohen Zahl an «chancenlosen» Stimmen ermöglichte den historischen Wahlsieg der Linken. Plus noch was anderes:

### Der Bisherigen-Bonus!

Die Bürgerlichen haben sich mit der Änderung des Wahlsystems in der Stadt ein grosses Ei gelegt: Weil die persönlichen Stimmen im Nationalratsproporz ja als Parteistimmen zählen, räumten vor allem Dolfi Müller als Stadtpräsident, aber auch Andreas Bossard mit ihrem Bisherigen-Bonus gewaltig ab – sie sind die grossen Panaschiergewinner dieser Stadtratswahlen. Rund 10% der Parteistimmen für die gemeinsame Liste sind Bisherigen-Boni!

In den Tisch beißen dürften die städtischen StrategInnen der FDP, so es sie denn gibt: 2006 lag Hans Christen bei den Stadtratswahlen nur knapp hinter Dolfi Müller. Wäre die FDP mit ihm als Stapi-Kandidat gekommen, hätten sie vielleicht das Stadtpräsidium errungen, das Duo infernal Straub - Sidler-Weiss wäre der Stadt und dem Stadtrat erspart geblieben und die FDP heuer nicht so abgestürzt.

Nun darf/muss die Stadtzuger Linke zeigen, was sie kann!

# einjährig – eingängig

Jonas Feldmann, Co-Präsident Junge Alternative Zug | Bild Jonas Feldmann

**Etwas mehr als ein Jahr ist es her, seit die Junge Alternative Zug offiziell gegründet wurde. Die Jahresversammlung vom 7. Dezember 2010 war Anlass für Rück- und Ausblick.**

17



Die Jahresversammlung vom 7. Dezember 2010 war Anlass für Rück- und Ausblick.

Über das erste Jahr der Jungen Alternative, also über unsere Gründung, unser politisches Wirken und unsere Kandidatur im Oktober habe ich meine Maturarbeit verfasst. Wer sich dafür interessiert findet sie bald online unter [www.junge.alternative-zug.ch](http://www.junge.alternative-zug.ch)

Am 7. Dezember 2010 fand die Jahresversammlung der Jungen Alternative statt. Es war nicht wirklich eine offizielle Sitzung, wie es die Gründung gewesen war, sondern mehr eine fröhliche und spannende (und erspriessliche) Diskussion. Die offiziellen Punkte waren schnell besprochen: Im Co-Präsidium und im Vorstand bleibt fast alles wie gehabt, einzige Änderung: Johannes Kern gibt sein Vorstandsmandat aus Zeitgründen ab, sein Sitz wird vorerst nicht neu besetzt. Auch die finanzielle Jahresbilanz wurde uns präsentiert: Die Junge Alternative Zug schliesst das Wahljahr 2010 mit einem kleinen Gewinn!

## Rückblick

Gemeinsam blickten wir zurück auf das erste Jahr der Jungen Alternative. Unser Fazit: Wir schauen auf ein bewegtes Jahr zurück. Einerseits mussten wir gemeinsam mit unserer Mutterpartei den Alternativen – die Grünen Zug enttäuschende Wahlniederlagen einstecken und wich-

tige Abstimmungen verloren geben, andererseits konnten wir auch einige wichtige Erfolgserlebnisse verbuchen: Da wären zum Beispiel die Renovation der Galvanik, die mit erfreulich hohem Stimmenanteil angenommen wurde oder die Demonstration gegen Ölbohrungen in der Tiefsee, über die sogar im Schweizer Fernsehen und in grossen ausländischen Tageszeitungen berichtet wurde.

## Ausblick

Trotzdem gibt es in Zug noch viel zu tun. Und wir Jungen Alternativen werden auf jeden Fall weitermachen. Auch im kommenden Jahr werden wieder wichtige Abstimmungsvorlagen vors Volk kommen, die Offroader-Initiative zum Beispiel oder die Initiative «Für den Schutz von Waffengewalt». Für beide Anliegen werden wir uns einsetzen. Wir hoffen, auch im nächsten Jahr wieder so spontan, frech und unkonventionell auftreten zu können wie wir uns das gewohnt sind!

Die ehrlichste und schönste Bestätigung, dass wir auf dem richtigen Weg sind, uns als ernstzunehmende Partei zu etablieren, bekamen wir nach der Sitzung: Als wir in einem Lokal etwas zu trinken bestellten, fragten wir die Kellnerin nebenbei, ob sie schon einmal den Namen «Junge Alternative Zug» gehört habe. «Doch», antwortete sie, «den Namen habe ich schon einige Male gehört.» ■

# Grenzenlos Grün

Martin Stuber, Redaktor BULLETIN | Bilder Paula Gisler

18

**Siedlungsentwicklung, Mobilitätsplanung und Finanzpolitik machen nicht vor den Kantonsgrenzen halt. Rund 40 Grüne aus Exekutiven, Parlamenten und der Lokalpolitik aus den Kantonen Aargau, Luzern Zug und Zürich trafen sich am 6. November in Rotkreuz zu einer Tagung, um diese Themen zu erörtern und für diese Problemkreise gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Am Beispiel der Räume Säuliamt, Freiamt und Seetal wurde aufgezeigt, wie nötig eine Gesamtschau wäre.**

Als eines der Hauptprobleme erkannten die TeilnehmerInnen die immer grösser und absurder werdende Steuerkonkurrenz zwischen den Gemeinden und Kantonen, die dazu führt, dass ein Einwohner einer Gemeinde bis zum Doppelten der Steuern eines Gleichverdienenden der Nachbargemeinde entrichten muss. Die gutsituierten Einwohner und florierenden Betriebe einer Gemeinde mit höherer Steuerbelastung ziehen in die steuergünstige Gemeinde des Nachbarkantons, von wo die weniger gut Verdienenden durch exorbitant

ansteigende Boden- und Mietpreise verdrängt werden. Daraus ergeben sich neue Pendlerbewegungen – sprich Mehrverkehr – und die soziale Durchmischung in den Kommunen wird aufgehoben – es entstehen Schlafesiedlungen und Luxusinseln. Die einen Gemeinden suhlen sich im Überfluss, andere kommen aus ihren Verschuldungen nicht mehr raus. Zudem werden der öffentlichen Hand durch die sich gegenseitig überbietenden Steuersenkungen die Mittel entzogen, die sie für die Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt.

## Zusammenarbeit!

Mit einer klugen Siedlungs- und Verkehrspolitik müssen die politisch Verantwortlichen den ungebremst wachsenden Verkehr und den rasanten Verlust von Kulturland stoppen.

Dem zunehmenden Auseinanderdriften von Wohn- und Arbeitsplätzen ist mit konkreten, die kantonalen Grenzen überschreitenden Massnahmen entgegenzuwirken. Die Kantone müssen zusammenarbeiten – die sinnlose und schädliche Konkurrenz um jeden Preis muss aufhören.

Die Grünen der vier Kantone fordern über die Kantonsgrenzen hinaus greifende Steuerharmonisierungen und Konzepte für Siedlungs- und Verkehrsplanung. Sie haben sich an der Tagung ganz klar zur gemeinsamen politischen Lösungssuche bekannt. Die einzelnen Bereiche werden in thematischen Ad-hoc-Arbeitsgruppen nun weiter vertieft.

Der alternative grüne Vorstoss im Zuger Kantonsrat für eine bessere Anbindung des Freiamtes mit öV ist eine erste Frucht der besseren Zusammenarbeit unter den Grünen. ■



Unten links: Martin Köchli, Grossrat aus Muri und Mitorganisator, im intensiven Gespräch mit der Rotkreuzer Kantonsrätin Hanni Schriber.

Unten Rechts: Luzern war gut vertreten: hier der Krienser Kantonsrat Michael Töngi, Christian Hochstrasser, Präsident Grüne Stadt Luzern und Heidi Rebsamen, Kantonsrätin und Vorstandsmitglied Grüne Schweiz. Nicht auf dem Bild: Mitorganisator und Kantonsrat Nino Froelicher



# Zum Glück

Gertrud Häseli, Co-Präsidentin Grüne Aargau | Bild Grüne Aargau

In unserer Serie Grüne Kantonalparteien kommt diesmal Gertrud Häseli als Co-Präsidentin der Grünen Aargau zu Worte. Sie leitet zusammen mit Andreas Thommen die Partei. Der Vorstand wird durch Gregor Zimmermann unterstützt. Er arbeitet mit einem 70 Prozent-Pensum als Sekretär. Die Partei finanziert sich durch die Mitgliederbeiträge (300), Beiträge von Sympathisanten, Fraktionsbeitrag und den Mandatsabgaben.



Susanne Hochuli (rechts), die Regierungsrätin der Grünen Aargau seit 2003

Seit drei Jahren sind die Grünen Aargau mit Susanne Hochuli im fünfköpfigen Regierungsrat vertreten. Sie führt das Gesundheitsdepartement mit Charme und Durchsetzungskraft. Bei den letzten Grossratswahlen vor zwei Jahren konnten wir die Anzahl Grossratsitze von 8 auf 13 erhöhen. Gleichzeitig zog die GLP mit 7 Personen ins Parlament ein. Ein grosser Teil der Mandatsgewinne ging auf Kosten der SP. Ab 1. Januar 2011 werden die Grünen Aargau den ersten grünen Oberrichter stellen. In den 220 Aargauer Gemeinden sind wir noch nicht stark vertreten. Es gibt 7 eingeschriebene Parteimitglieder in den Gemeindeexekutiven. Die Grünen sind in den Gemeindeparlamenten von Baden, Aarau, Untersiggenthal und Wohlen dabei. Die Arbeit von Vorstand und Frakti-

on wird durch Fachgruppen begleitet. Erfolgreich arbeiten bis jetzt die Fachgruppe Energie und Verkehr, die Fachgruppe Bildung und die Fachgruppe Gesundheit. Etwas zu wünschen übrig lassen unsere Kräfte bei Wirtschafts- und Finanzthemen. Im Hinblick auf die Nationalrats- und Ständeratswahlen haben wir das WGT (Wahlgewinnteam) wieder aktiviert.

## Glück eingeführt ...

Das Postulat von Martin Köchli, Buttwil, zur Einführung des Schulfachs «Glück» hat eingeschlagen wie ein Blitz. Zwar wurde es nicht entgegengenommen, doch das Medienecho war und ist immer noch sehr gross. Von der Erwähnung in den Morgen-News auf DRS1 bis zum Thema der Projektwoche in der Neuen Kantons-

schule Aarau ist der Vorstoss «Glück» immer noch präsent! Auch die Motion zur Errichtung einer Solarstrombörse wurde zwar von der Regierung abgelehnt, doch vom Parlament mit einer komfortablen Mehrheit überwiesen, ein grosser Sieg im Atomkanton Aargau!

19

## ... vom Pech verfolgt

Das Strassengesetz und das Gesetz über die Motorfahrzeugsteuer haben wir zusammen mit den «Rechten» abgelehnt. Den einen ging es zu weit, den anderen zu wenig weit. Keine zukunftsgerichtete Ausgangslage! Die Situation ist blockiert wie in anderen Themen auch. Als Nächstes behandeln wir das Energiegesetz. Ein sehr fortschrittlicher Vorschlag wurde schon in der Vernehmlassung arg zerzaust. Der Atomrappen und das Verbot von Ölheizungen erscheinen nicht mehr in der Vorlage. Ferner konnte im Gesundheitsgesetz der wichtige Leitsatz ambulant vor stationär nicht nach unserem Willen umgesetzt werden. Das Parlament beschloss die maximale Beteiligung der Patienten an Spitleistungen von 20 Prozent. Wir hoffen noch auf die zweite Lesung.

## Strategieseminar

Einmal jährlich treffen sich Fraktion, Vorstand, Fachgruppenmitglieder an einem gemütlichen Ort (Barmelweid ob Erlinsbach, Herzberg ob Aarau) zu einer zweitägigen Klausur. Wir besprechen aktuelle und künftige Themen, laden wo nötig Referenten ein, sehr interessant war das Gespräch mit Michael Hermann, Politologe. Dieser Anlass zeigt immer wieder die verschiedenen politischen und persönlichen Ansichten und hilft aber auch, das Gemeinsame zu erkennen. Neben der Arbeit kommen auch das Geniessen und das Feiern an diesem Anlass nicht zu kurz. ■

# Arithmetik des Wandels

André Masson, Baar | Bilder Paula Gisler

20

**Ende August fanden sich die Delegierten der Grünen Partei der Schweiz in Baar zu ihrer Versammlung ein. Im Zentrum des Tages stand das Thema «Green New Deal». Hier die Beobachtungen und Gedanken unseres Berichterstatters.**

Ganz unterschiedliche Menschen kommen angereist: oft mit schweren Schuhen, einer mit riesigem Rucksack, jener mit viel Zwetschgen vom Markt gegenüber. Ein grosses Rohr zum knitterfreien Dokumenten-Transport fällt auf (letzte wichtige Plakate?). Chnuspì geht – hier ein Wort, da ein Gruss – mit Velohelm, Regenschutz und offenem Rucksack zum Bahnhof, er holt die Delegierten ab für eine kleine Stadtführung. In der engen Küche ist Hochbetrieb, emsig wird gerüstet und für Salate geschneuzelt, Chriesiwürste kommen, Gipfeli und Vollkornbrötli auf Teller gelegt – und Berty bringt mit dem Veloanhänger die Thermoskrüge voller Kaffee. Letzte Irläufer werden darüber belehrt, dass hier die Grünen sind, die SVP hat gleichzeitig ihre DV in der Waldmannhalle; beide haben grüne Wegweiser, ein Missgeschick ist schnell passiert. Viele Helfer sind aktiv im Hintergrund, wer hat noch den Überblick?

## Selektiver Bericht

Dieser Bericht erscheint wegen der kantonalen Wahlen erst Monate später, wenn die Bundesratswahl längstens vorbei ist und vieles veraltet. Deshalb wird hier abgekürzt. Manuela stellt den Kanton vor, Ueli Leuenberger formuliert in seiner Begrüssungsrede einige grüne Anliegen und politische Seitenhiebe, die tatsächlich den Weg in die mageren Presseberichte finden. Wie es besonders der lokalen Presse gelingt, praktisch gar nichts über diesen Anlass zu berichten, ist bemerkenswert. Neben mir arbeitet die Redaktorin der SDA, eifrig und aufmerksam. Eine Viertelstunde nach Schluss der Veranstaltung sitzt sie immer noch im leeren Saal, schickt alles ab durch die Lüfte, während die anderen schon bei Kaf-

fee und Kirschtorte schwatzen. Die SDA-Meldung flattert in die Redaktionen, wird dort gekürzt, geschnitten, verstümmelt – und wenn man nichts mehr versteht, ganz gestrichen. Das passt gut zu einer Maturaarbeit neu-lich, welche nachgewiesen hat: Wer wissen will, was passiert auf der Welt, soll sich lieber nicht auf die Medien stützen.

## Green New Deal

Hauptthema der Tagung ist ein «Green New Deal». Im Anschluss an die Finanz- und Wirtschaftskrise soll die ganze Wirtschaft grün umgebaut werden. «Deal» ist hier nicht als Handel zu verstehen, sondern «new deal» als: Die Karten werden neu verteilt, ein neues Spiel beginnt. Eine Initiative wird gestartet, im Wahlsommer 2011 werden überall Unterschriften gesammelt: Aufbruch auf neue Wege. Seit mehr als dreissig Jahren höre ich das: Aufbruch und neue Wege. Die Uhr scheint stehen zu bleiben, immer genau auf fünf vor Zwölf, und dies jetzt seit einem Drittel Jahrhundert. Das Thema ist schwierig, anspruchsvoll. Wie sollen die verflochtenen Stränge im Umfeld von Klima, Rohstoffknappheit, Wirtschaft und Hochfinanz, sozialen Fragen, Energie und Atomkraftwerken geordnet und vereinfacht werden, auf knappe und verständliche Formulierungen gebracht? Was hat Priorität, wo finden wir den Konsens, was muss in die Initiative einfließen? Es ist fast nicht möglich, dies mit weit über hundert Leuten zu diskutieren. Der Vorstand legt drei Stossrichtungen A, B und C zur Auswahl vor, dazu kommen die Ideen der Grünen aus VD und BE, benannt als Version D und E:

**A:** Klima- und Atomrisiken sind ins Auge zu fassen

**B:** Eine von Erdöl und Erdgas unab-

hängige Wirtschaft wird angestrebt  
**C:** Ein neuer Fluss der Geldströme soll erreicht werden durch Abgaben auf nichterneuerbaren Energieträgern. Die klarere Formulierung, nämlich «Energie statt Arbeit besteuern», ist nirgends in den Unterlagen zu lesen, das hat später ein Redner so gesagt. Zu allen drei Hauptrichtungen setzt der Vorstand konkrete, messbare Zwischenziele.

**D:** Die Grünen der Waadt glauben, dass Energieträger, Gefahren, Ressourcen und Konjunkturprogramme nicht in die Verfassung gehören. Sie schlagen eine zirkuläre Wirtschaft vor mit Forderungen, die alle gut tönen, mir aber schwammig und unverbindlich vorkommen. Auf wenigen Zeilen ist der Vorschlag D kaum darzustellen (siehe Kasten).

**E:** Den Grünen des Kantons Bern fehlen in den drei Versionen des Vorstandes die Betonung des sozialen Ausgleiches. Sie wollen die vererbten riesigen Geldmengen abschöpfen und in andere Bahnen lenken.

Die fünf Vorschläge werden ausgiebig vorgestellt, diskutiert, in die übrige nationale Politik eingebettet. Schwerpunkte werden gefordert, aber auch das Gegenteil einer «mariage», d.h. einer Verschmelzung unterschiedlicher Anliegen. Stubis Warnung, das alles nicht unter einem englischen Schlagwort segeln zu lassen, verhallt auch ohne grosses Echo, wie so vieles.

## Zusammenzählen

Es kommt, was kommen muss: die Abstimmung. Vieles wird seit den 68er Jahren bezweifelt, eigentlich fast alles auf der Welt: Könige, Kirche, Konten, Generäle, Ideologien – aber die Prozedur der Abstimmung bleibt immer noch tabu. Man zählt die Stimmen, die Hände, die Zettel – und Klarheit erstrahlt, fertig ist gedeutelt, weg ist der Zweifel. Interessierte stimmen gleich wie Uninteressierte, Betroffene wie Gelandweilte: Das ist unantastbar. Wir ahnen, dass die ganz grossen Probleme nie gelöst werden,



Dieses Team war verantwortlich für die Augen- und Gaumenfreuden. Vielen Dank!

wenn die Mehrheit die Richtung bestimmt – aber das darf man noch nicht laut sagen. Füllblut stünden wir da, wenn wir nach Alternativen zum Mehrheitsprinzip gefragt würden... verschweigen wir also den Gedanken.

So wird über die fünf Versionen abgestimmt: Zur liebsten Version ist die Ziffer 1 zu schreiben, zur nächsten eine 2, und zur unliebsamsten die Ziffer 5. Dann werden alle Zahlen addiert und als Mass der Beliebtheit betrachtet. Eine Delegierte aus Solothurn wehrt sich gegen das Verfahren, aber sie ist chancenlos, man muss 1 bis 5 schreiben. Die ziellose Nummerli-Mechanik nimmt ihren Lauf. Präsident Ueli Leuenberger merkt, wie bedeutungslos die erzielten Zahlen sind, denn er verschweigt sie und sucht das Resultat der Abstimmung nur interpretierend wiederzugeben. Aber ohalätz, es nützt ihm nichts, die Zahlen werden verlangt. Hier also die Zufallszahlen, schön in ihrer Reihenfolge geordnet (Buchstaben der Versionen siehe oben):

Am beliebtesten scheint die Version D mit 435 Punkten, dann folgen C (478), B (490), A (545), und E (548 Punkte) ist diejenige Version, die am wenigsten VerfechterInnen findet (aber viele Delegierte mit wenigen Punkten ergibt dasselbe wie wenige Delegierte mit vielen Punkten!). Bis zur nächsten DV im Januar soll aus dieser Meinungsbildung der konkrete Text zur Initiative geboren werden. Die in Baar angekündigte ausserordentliche DV im November zur Diskussion des Textes entfällt – es sei

zeitlich zu knapp, sagt man. (Der Berichterstatter hört erst später, dass die ganze Idee eines Green New Deals auch sehr umstritten ist: [www.decroissance-bern.ch](http://www.decroissance-bern.ch), dort downloads.)

#### Elegante welsche Reden

Zum ersten Mal sehe und höre ich Luc Recordon. Er redet schön, schnell, spritzig, witzig, wechselt in fünf Sätzen dreimal die Tonart. Alles geht schnell, ich verstehe seine französischen Sätze nicht ganz. Aber soviel merke ich: Er kommt nicht ins Predigen, er steht nie auf der Kanzel. Er spricht vor fast zweihundert Leuten gleich, wie wenn er in einer Bar seinen drei copains etwas erläutert. Keine Ideologie schiebt sich zwischen Redner und Zuhörer, die Luft bleibt frei und klar für das Gespräch. Chapeau! Und was er fordert, ist nochmals so, wie er redet: Plus de plaisir, s'il vous plaît! Wenn wir nicht Freude haben an unserer Arbeit, dann lassen wir es lieber bleiben. Das Sammeln für eine Initiative muss in erster Linie Spass machen – nur Freude steckt an. Leider mussten die Lautsprecher gleich wieder die nächsten Voten abstrahlen. Gescheites und Geniales klingt und verhallt, wird durch Kompliziertes oder durch Belangloses überdeckt.

#### Innere Zweifel

Auch ein grüner Berichterstatter muss einmal tief durchatmen, aufstehen und Pause machen. Was ist zu halten von der Versammlung der Grünen, was bewirkt sie, was verhindert sie? Die folgenden Gedanken sind

persönlich und ungerecht, aber das ganze mühsame Feilschen um die besten Formulierungen wird der heutigen Situation auf der Welt auch nicht gerecht. Die Welt wird grandios verkürzt, sobald jemand ans Mikrofon tritt: Wollen wir künftig vom CO2 reden, oder von den Energieträgern Oel, Gas, Atom und Sonne? Erträgt es eine Prise 2000 Watt, würzen wir besser mit den Arbeitsplätzen oder mit dem Klima?

Herrgott, alles ist so brav! Es schwirren Worte wie «regenerierbar» und «nachhaltig» durch den geduldigen Baarer Gemeindesaal – wie wenn das nicht alles längstens zu spät wäre. Wie sieht der Verkehr in Mexiko City aus, wie in Kairo, in Kuala Lumpur? Woraus machen die meisten Länder ihren Strom? Wie lange hat man uns vorgebetet, wieso es ohne Wachstum gar nicht geht? Wie viel Zeit, Geld und Energie braucht es, bis die Wirtschaft auf Solarenergie umgestellt ist, auch in Kairo? Und was passiert, wenn überall auf der Welt die Transporte ausfallen, weil das Öl weg ist oder unbezahlbar?

Wir wissen das längstens, aber wir wollen es nicht sehen. Die Situation ist garstiger, als was wir ertragen könnten. Eine Initiative zu starten, um Unterschriften zu sammeln – das ist ja noch vorzustellen, selbst wenn das Anliegen fast zwecklos ist und die Situation kaum verändert oder verlorene Zeit darstellt. Statt das Chaos scharf ins Auge zu fassen, das früher oder später eintritt, feilen wir geduldig und brav an den besten Formulierungen.

#### Unpassender Vergleich

München 1938. Wer keine Grosseltern hatte, die das noch selbst erlebt haben, mag bei Google oder Wikipedia nachlesen: Chamberlain, Appeasement-Politik. Da und dort wollte man nicht so genau hinschauen, wie wir heute. «Peace for our time» hiess es, aber wie lange hielt der erhoffte Frieden? Der Zwang war riesig, den





Die Grünen in Baar.



Nach einem langen Tag gibt es ein Stück Kirschtorte für Ueli Leuenberger.

Krieg zu verhindern, und deshalb galt jeder nasse Strohhalm schon als tragfähiger Fels zur Sicherung. Die DV der Grünen mit ihren sorgfältig ausgezählten Beschlüssen kommt mir wie ein solcher Strohhalm vor. Oder hoffnungsvoller ausgedrückt: Gründeten sich Bewegungen, die echte Kräfte und weltverändernde Ideen freisetzen, jemals auf eine Stimmenmehrheit, auf einen Parlamentsbeschluss, auf eine ordentliche Traktandenliste? Haben Gandhi oder Martin Luther King brav ihre Unterschriftenbögen eingereicht, ist Kaiseraugst in parlamentarischen Sitzungen entstanden, oder die Montagsdemonstrationen in Leipzig vielleicht?

**Weitere Traktanden**

Die GSOA-Initiative wird lange diskutiert (das Militär als «Schule der

Nation», die RS vereinigt Männer aus allen Schichten. Aber wo bleiben die Frauen? Soll eine allgemeine ökologische Dienstpflicht gefordert werden?). Das Ergebnis der Abstimmung ist dann überaus klar: Die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht ist auch ein grünes Anliegen! Es stimmen dafür / dagegen / enthalten sich: 140/9/4.

Deutlich schneller wird die Steuer gerechtigkeits-Initiative behandelt (klare Annahme) und auch die Ausschaffungsinitiative (Initiative und Gegenvorschlag sind beide abzulehnen). Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist bereits zu Beginn der Sitzung vertagt worden. Patrick Cotti spricht das Schlusswort – aber das Publikum ist müde und erschöpft, es hören ihm nicht mehr alle zu. ■

Les Verts vaudois brachten eine Version zum Green New Deal, welche den Delegierten scheinbar am besten gefallen hat. Es ist eine Skizze zu einem neuen Artikel der Bundesverfassung mit anderthalb Seiten Text. Hier extrem gekürzt, wie das im Entwurf etwa aussieht:

- Der Bund sorgt für eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen und Rohstoffe, für eine zweckmässige Nutzung des Bodens, für die Sensibilisierung für Nachhaltigkeit im Bereich Natur-, Umwelt- und Gesundheitsschutz.
- Er fördert Industrie- und Dienstleistungsbetriebe, die (im obigen Sinne) innovativ vorgehen durch Subventionen und Steuerermässigungen.
- Er erlässt Gesetze zur Reduktion des Ressourcenverbrauches und der Abfallproduktion.
- Er fördert die Ausbildung und die Forschung im Bereich der zirkulären Wirtschaft.



Die Alternative – die Grünen Zug sind bei der Grünen Partei Schweiz angekommen: Barbara Beck und Ueli Leuenberger.

# Kater lassen das Mäusen nicht

Franz Stoller, freier Journalist | Bild BULLETIN

**Es ist immer wieder erstaunlich, wie immer wieder mit den gleichen Tricks privaten Investoren Geld abgeknöpft wird. Der den BULLETIN-LeserInnen\* bestens bekannte Jürgen Käfer ist mit seinem Kompagnon Andreas Kilian back in Business und verkauft wieder Luftschlösser – mit den gleichen Methoden wie bei der von der Finma geschlossenen Max Entertainment. Ausgenützt wird dabei der Drang oder die Hoffnung auf «schnelles» Geld.**

Kaspar O.\*\* aus Zug ist Kleinunternehmer im Bereich Computersupport und Schulung. Mitte 2010 erhielt er einen Anruf einer gewissen Firma CENDOO AG aus Horgen ZH. Er wurde angefragt, ob er interessiert und bereit sei, in ein zukunftsträchtiges Unternehmen CHF 5'000 – 10'000 zu investieren. Doch die aggressive Weise, wie das Unternehmen seine Firmenanteile an den Mann bzw. an die Frau bringen wollte, behagte Herrn O. nicht. Sein Gefühl, dass da etwas nicht stimmte, hat ihn nicht getäuscht. Denn hinter der CENDOO AG steckt das bestens bekannte Max-Entertainment-Duo Jürgen Käfer und Daniel Kilian. Mit dem Internetportalen max-finance.com und cyclon-capital.com verloren mehrere hundert Investoren Millionen.

## Alter Wein in neuen Schläuchen

Die CENDOO AG dürfte vorausschauend als «Nachfolgeprodukt» im Frühling 2007 in Schaffhausen gegründet worden sein – nur einige Montage vor der Implosion der Max-Gruppe. Bereits damals schlug man grosse Töne an und redete von einem «zukünftigen Börsenwert» von rund ei-

ner Milliarde Franken für ein Social Network mit dem Namen CENDOO. 2009 wurde bei «Prelaunch-Veranstaltungen» in Deutschland zukünftigen Investoren und Interessenten mittels Eintrittsgebühren erstmals kräftig Geld abgeknöpft. Das gleiche System wurde von Käfer bereits vor 11 Jahren angewandt, als er mit der Firma EFCA und einem nicht funktionierenden Kabelmodem das Internet erobern wollte. Aber wie andere seiner Geschäftsideen endete EFCA in einem Debakel.

## CENDOO Butler – die Internetrevolution?

Auf der CENDOO Firmenwebsite (cendoo.com) wird mit Fachausdrücken nicht gegeizt. Es wird für «holosemantischen Datenraum», «biologisch inspirierte Software» und anders mehr geworben. All diese Wunderdinge soll die noch im «Betastadium» steckende CENDOO Butler-Software für das Apple I-Phone beherrschen und dabei den Informationsfluss aus dem Internet kanalisieren. Anfänglich war noch die Technische Hochschule Rapperswil mit an Bord, mit deren Namen man die Seriosität der Firma

und deren Produkt beweisen wollte. Doch als deren Projektleiter Kenntnisse von Kilians und Käfers Vorleben erhielt, war eine sofortige Verabschiedung der Hochschule aus dem CENDOO-Projekt die logische Konsequenz.

## Bombe statt Software-Demonstration

Der 28. Oktober 2010 wird den beiden K's wohl noch lange anhaltend in Erinnerung bleiben. An diesem Tag explodierte vor dem Firmensitz in Pfäffikon (SZ) eine Rohrbombe. Ausser massivem Gebäudeschaden blieb die Bombe glücklicherweise wirkungslos – es gab keine Toten oder Verletzte. Hingegen wurde die geplante CENDOO «Produkte-Präsentation» «leider» abgesagt. Wenige Tage später erhielt die Schweizer Kantonspolizei ein anonymes Bekennerschreiben, dass dieser Anschlag diesen beiden Herren gelte. Inzwischen sind auch noch andere Drohmails eingetroffen, in denen man unmissverständlich Geld von den zwei Verantwortlichen zurückfordert. Die Bombe sollte offenbar eine Warnung an die Adresse von Kilian und Käfer sein. Und vielleicht der Justiz als Wink dienen, den Fall Max-Entertainment Group endlich vor Gericht bringt?

## Selbstjustiz nicht neu

Ein schlechtes Zeichen ist es allemal, wenn Betrogene das Zepter selber in die Hand nehmen und Richter spielen wollen. Dabei geht es um etliche Millionen. Neu ist solche Selbstjustiz in der Innerschweiz aber nicht: Bereits 1997 musste der Anlagebetreiber Paul Spier in Zug um sein Leben fürchten, als ihn ein betrögender Anleger aus dem Libanon mit Benzin übergoss und anzünden wollte. Nur durch das beherzte Eingreifen des Sohnes von Spier konnte Schlimmeres verhindert werden. Bleibt zu hoffen, dass solche Methoden in Zug nicht Schule machen.

\* BULLETIN Nr. 2 und Nr. 3 / 2009

\*\* Name der Redaktion bekannt. ■



Hier hats gekracht – Firmensitz der CENDOO in Pfäffikon.



24

Halb Zug dürfte die Sendung «Reporter» in SF 1 gesehen haben. Dramatisch werden die Folgen der Steuerdumpingpolitik für die ansässige «Normal»-Bevölkerung aufgezeigt und sogar der Architekt dieser Fehlentwicklung, Alt-Finanzdirektor Stucky, lässt sich zitieren, jetzt sei es wohl aus dem Ruder gelaufen. Rein zufällig erscheint ein Tag später auf der lokalen Frontseite der Zuger Prawda ein langes Interview mit dem aktuellen Finanzdirektor Peter Hegglin. Tenor des erkenntnis-resistenten CVP-Regierungsrates: alles im grünen Bereich, no problems, Schlusszitat: «Zug ist nicht bonzig.» Jetzt geht das Rätseln los, wo der Finanzdirektor tatsächlich wohnt.

Überhaupt scheint es, dass sich die Mehrheit der Bürgerlichen einbunkert – Augen zu, Ohren zu und durch. So war sich die frisch gewählte Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky in ihrer Antrittsrede nicht zu schade, den umliegenden Kantonen kollektiv eine Ohrfeige zu verteilen – Hauptanliegen ihrer Rede: Konkordate sind schlecht. Alleingang statt Zusammenarbeit ist offenbar die Devise.

Auch sonst ist dem noch rechtslastigeren neuen Kantonsrat der Start gründlich misslungen. Sekundiert vom Neue-ZZ-Rechtsaussen-Schreiber Freddy Trütsch haben FDP

und CVP fast geschlossen Lehmann statt den offiziellen Schuler als Kantonsratsvizepräsidenten gewählt. In Missachtung des Gentleman-Agreements, dass die Fraktionen bei den Ratspräsidentenwahlen abwechseln, verpassten die Bürgerlich nach 2006 und 2008 – als sie FDP-Pezzatti und CVP-Wicky statt SP-Lehmann zum Vize wählten – der SP nun noch **die dritte Ohrfeige**. Frei nach Trütsch, der als Federico im «Zuger Gewerbe aktuell» mal geschrieben hatte, dass Kindern eine Ohrfeige nicht schaden würde.

Tränenrührend gebärdete sich FDP-Kantonsrat Lötcher bei seiner **Laudatio** für Lehmann, als er dessen Nichtnominati-on durch die SP allen Ernstes als «Mobbing» bezeichnete. Lötcher selber dürfte vor zwei und vier Jahren Lehmann ja wohl kaum gewählt haben. Die Alternativen haben hingegen drei Mal hintereinander geschlossen den offiziellen SP-Kandidaten gewählt – unbesehen von der Person.

**Lessons learned** für die Linke: Die RR-Querelen so schnell wie möglich hinter sich lassen und wieder geeint auftreten.

So sicher waren sich die Bürgerlichen beim Lektionenerteilen, dass die SVP grossmehrheitlich für SVP- statt SP-Kandi-



Unfreiwillig auf den Punkt gebracht hat am 16.12.2010 der Bote der Urschweiz die Folgen des völlig entfesselten Steuerwettbewerb: Tiefrote Zahlen im Kanton Schwyz, schon zu Beginn des Winters kein Streusalz mehr und die Gemeinden senken fröhlich weiter die Steuern.

daten stimmen konnte – es reichte Lehmann trotzdem locker. Dafür herrscht jetzt **Zoff in der SVP-Fraktion**, weil sie sich nicht auf einen SVPler einigen konnten – der Lärmpegel in der Stadtzuger SVP-Stammbeiz «Rütli» stieg durch den internen Knatsch hörbar.

Ganz alleine eine **Lektion erteilt** hat FDP-Kantonsrat Peter Diehm – Zitat: «Die Natur rächt sich nicht, sie wird uns irgendwann die Rechnung präsentieren.» Um gleich im nächstes Satz fortzufahren: «Mit dem 6-Spur-Ausbau und der Radius-Erweiterung der Blegikurve erhält der Kanton Zug eine super Infrastruktur.»

Auch im Grossen Gemeinderat rotten sie sich zusammen – statt wie seit Menschengedenken die Sitzordnung des GGR einvernehmlich neu zu gestalten, wird der Ratslinken per Mail beschieden, dass die «**Allgemeine bürgerliche Fraktion**» (ABF) beschlossen hat, den SVP-Vorschlag für die neue Sitzordnung ohne weitere Rücksprache zu übernehmen. Als die Alternativen

sich wehren, schreibt SVP-Fraktionsschef Manfred Pircher in einem Mail wörtlich: «Wir werden, ob es Dir passt oder nicht, auf der SVP-Sitzordnung beharren, auch wenn es Dir nicht passt!»

Nicht zur ABF gehört die **GLP**. Noch nicht? In Zürich hat die GLP nämlich soeben gezeigt, wo sie in Sachen Finanzpolitik steht – stramm rechtsbürgerlich alliiert mit FDP, SVP, CVP und EVP. Völlig unverantwortlich wurde dank der GLP das städtische Budget versenkt, ohne zu sagen, wo denn bitte gespart werden soll. Wir sind gespannt auf die GGR-Budgetdebatte im 2011.

Das Frontal wird ihn vermissen. FDP-Irrläufer Ruedi Balsiger hat es geschafft, sich auch noch aus dem Kantonsrat abwählen zu lassen. Deshalb zum krönenden Abschluss ein Zitat aus der KR-Novembersitzung: «**Das heisse Eisen geht so lange zum Brunnen, bis es im Sande verläuft.**» Frotzelte ein Bürgerlicher: «Balsiger darf jetzt zurück in den politischen Sandkasten.»



FLIZ Filmclub geht in die 12. Runde! Ab Januar 2011 definitiv mit dem neuen Präsidenten **Martin Bucher** und Annelies Ursin kann sich beruhigt zurückziehen.

Wir beginnen den Jahrescorso am 10. Januar mit dem neuen Film von Stefan Haupt **«How about love»**, ein Spielfilm über einen erfolgreichen Zürcher Herzchirurgen, der, ausgebrannt vom beruflichen Arbeitstempi, mit seiner Frau nach Thailand fährt, um einen Berufskollegen in einem Flüchtlingscamp an der Grenze zu Burma zu besuchen. Das Spannende am Film ist vielleicht der Unterschied zum Komfort in Zürich und wie sein Freund unter den widrigsten Umständen arbeiten muss. Die Verwicklungen in eine Liebesgeschichte samt Konsequenzen bringen zwar Spannung, aber eigentlich würde man auch gern mehr wissen über die geschichtlichen, politischen Hintergründe. Stefan Haupt ist anwesend!



Am 14. Februar zeigt der Filmclub: **«Jung und Jenisch»**, eine Dokumentation von Karoline Arn und Martina Rieder; auch um das Vorurteil: Zigeuner, Roma, Fahrende auszuräumen. Äusserst aktuell, wenn man die unrühmlichen Repressalien gegen die Roma in Frankreich betrachtet oder auch an die Aktion in der Schweiz denkt, die es bis 1972 gab, dass man ihnen die Kinder wegnahm. Die Regisseurinnen haben zwei Ehepaare auf ihren Fahrten begleitet: typische Schweizer, wie wir auch, dennoch so etwas wie eine Parallelgesellschaft mitten unter uns und ein Film, dessen Thema die beiden Regisseurinnen ausgezeichnet übermitteln. Eine der Regisseurinnen wird sicher anwesend sein und möglicherweise auch einer der Protagonisten. Unser Märzfilm ist noch nicht sicher! Aber wir haben etliches im Köcher: Neu, fremdartig und gut zum nachdenken. Bitte schauen Sie in die Tageszeitung.



### **Andreas Hürlimann, Co-Präsident Alternative – die Grünen Zug**

Wir leben in Zeiten der grossen Veränderungen. Denn die Krise mit ihren Umwälzungen ist auch zu Beginn des Jahres 2011 noch allgegenwärtig: Es geht um Finanzen, Wirtschaft, Politik, um das ganze System. Die Schweiz und insbesondere auch der Kanton Zug haben bisher nur geringfügig von weltweit stark spürbaren Veränderungen Kenntnis genommen. Obwohl wir auch in der Schweiz mit der überhasteten Rettung der UBS nur ganz knapp an einem totalen Kollaps vorbei geschlittert sind. Dies mag mit ein Grund sein, warum das Kapital in der Schweiz nach wie vor systematisch privilegiert wird. Unsere Marktwirtschaft ist zwar enorm effizient. Aber sie ist nicht gerecht. Sie fördert den Wohlstand, doch sie ist sozial und ökologisch blind und denkt kurzfristig. Wir Alternativen und Grünen haben Antworten auf diese Missstände. «Die Stärke Zugs misst sich am Wohl der Schwachen.» Dies sollte unser Motto sein, wenn wir in Zug Politik machen. Denn wir stehen ein für eine Gesellschaft, die das Wohl aller ins Zentrum stellt. Es reicht nicht, wenn wir die rein wirtschaftlich gute Situation des Kantons Zug als das höchste Mass aller Dinge sehen. Bei den Alternativen und Grünen

im Kanton Zug engagieren sich viele Personen für unsere Werte und Ideen. In gewählten Räten und Kommissionen, Vorständen oder bei Anlässen und Unterschriftensammlungen. Das braucht Mut und Kraft, um auch nach einer Niederlage wieder für unsere Anliegen einzustehen. Packen wir die Chancen, die uns immer wieder geboten werden, um etwas zu verändern. Auch im 2011 und darüber hinaus. Herzlichen Dank für Deine Unterstützung!



26

**Büchermail**

Liebe Leute  
Viele wünschen sich wohl insgeheim lange Winterabende an denen nur Lesen angesagt ist. Für die meisten bleibt es ein Wunsch, weil das Zeitmanagement es nicht zulässt. Die Vorstellung am Feuer zu sitzen oder auch aus ökologischen Gründen halt nur neben einer Kerze und in ferne Welten abzudriften ist aber schon sehr schön und rein als Vorstellung schon erholdsam. Also hier ein paar ausgesuchte Neuerscheinungen:

Harriet Köhler, Und dann diese Stille  
Roman  
Kiepenheuer+Witsch Fr. 33.90  
Ein packendes Buch über Familiengeheimnisse oder wie es ist, als Rentner wieder bei seinem Vater einzuziehen und einen Mann zu pflegen, der einem ein Leben lang fremd geblieben ist!



Daniel Miller, Der Trost der Dinge  
edition suhrkamp Fr. 23.50  
Der Anthropologe Daniel Miller hat Menschen in einer gewöhnlichen Strasse im Süden Londons porträtiert und geht der Frage nach: «Wie finden heutige Menschen über die Dinge in ihren Wohnungen zu sich selbst und zu anderen?»

Arno Camenisch, Hinter dem Bahnhof  
Engeler Verlag Fr. 25.00  
Ein kleines Dorf in den Bündner Bergen, das der Sprachkünstler Arno Camenisch zu neuem Leben erweckt. Das Gemisch aus Deutsch und Sursilvan erinnert an Tim Krohn's Glarner Bücher!

Angelika Overath, Alle Farben des Schnees.  
Senter Tagebuch  
Luchterhand Verlag Fr. 32.90  
Angelika Overath, Reporterin und Schriftstellerin ursprünglich aus Karlsruhe hat es geschafft wovon viele träumen. Sie wohnt mit ihrer Familie seit ein paar Jahren in Sent im Unterengadin.  
Kann man an einem Sehnsuchtsort zuhause sein?

Gerard Donovan, Ein bitterkalter Nachmittag  
Luchterhand Verlag Fr. 33.90  
Ein Nachmittag in einem Dorf irgendwo in Europa. Eine Geschichte voller Blut und Kälte. Ein Bürgerkrieg tobt.

Der Autor der Erzählung «Winter in Maine» fordert den Leser auch in seinem neuen Roman.



Anna Katharina Fröhlich, Kream Korner  
Berlin Verlag Fr. 30.50  
Einmal mehr die Suche nach dem Glück in Indien. Hinreissend komisch!

Nelly Dix, Ach, meine Freundin, die Tugend ist gut, aber die Liebe ist besser  
Libelle Verlag Fr. 30.50  
Nelly Dix wurde 1923 geboren und ist die Tochter des berühmten Malers Otto Dix. Diese Erzählungen hat sie als Zwanzigjährige als sich das Dix-Haus mit Flüchtlingen füllte, verfasst. Zu ihren Lebenszeiten wurden sie nie veröffentlicht. Es sind mythische Geschichten des Abendlandes heftig, respektlos und sehr modern!

Mit den besten Wünschen für das neue Jahr!  
Susanne Giger  
Buchhandlung Schmidgasse Zug



**Mittwoch, 5. Januar: Alternative Monatsbar**  
18.30 h, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug  
Mit Köchinnen und Köchen Alternative – die Grünen Baar  
Anschliessend Themenabend: «Uranförderung und dessen Auswirkungen auf indigene Völker»

**Donnerstag 13. Januar: Podium – Schutz vor Waffengewalt**  
20 h, Burgbachsaaal, Zug  
Mit Rosmarie Zapfl, Prisca Birrer-Heimo, Josef Lang, Corina Eichenberger, Jakob Büchler, Pirmin Schwander, Diskussionsleitung: Christian Peter Meier, Chefredaktor Neue Zuger Zeitung

**Samstag 15. Januar: Zuger Aktionstag – Schutz vor Waffengewalt**  
Genauere Infos unter:  
[www.alternative-zug.ch](http://www.alternative-zug.ch)  
und [www.schutz-vor-waffengewalt.ch](http://www.schutz-vor-waffengewalt.ch)

**Samstag 22. Januar: DV Grüne Schweiz**  
Winterthur, Info auf [www.gruene.ch](http://www.gruene.ch)

**Mittwoch 2. Februar: Alternative Monatsbar**  
18.30 h, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug  
Mit Köchinnen und Köchen Junge Alternative

**Sonntag 13. Februar: Abstimmungswochenende**  
Initiative «Schutz vor Waffengewalt»



**Mittwoch 2. März:**  
**Alternative Monatsbar**  
 ab 18.30 h, Siehbachsaal,  
 Chamerstrasse 33, Zug  
 Mit Köchinnen und  
 Köchen Forum Oberägeri

**Mittwoch 6. April:**  
**Alternative Monatsbar**  
 ab 18.30 h, Siehbachsaal,  
 Chamerstrasse 33, Zug  
 Mit Köchinnen und  
 Köchen Alternative Stadt  
 Zug

Die Alternativen im Kanton  
 Zug

**Alternative – die Grünen  
 Kanton Zug**

Postfach 4806, 6304 Zug  
 041 711 99 09  
[www.alternative-zug.ch](http://www.alternative-zug.ch)  
[info@alternative-zug.ch](mailto:info@alternative-zug.ch)

Öffnungszeiten Büro Alter-  
 native Kanton Zug:  
**MO, 14–18 Uhr und**  
**DO, 10–14 Uhr**

**Forum Oberägeri**

Andreas Kuhn, Lutisbach-  
 weg 9, 6315 Oberägeri  
[www.forum-oberaegeri.ch](http://www.forum-oberaegeri.ch)  
[forum-oberaegeri@mymail.ch](mailto:forum-oberaegeri@mymail.ch)

**Freie Wähler Menzingen**

Pia Rhyner, Präsidentin,  
 Eustr. 16, 6313 Menzingen  
 Postfach 112, 6313 Men-  
 zingen  
[www.fw-menzingen.ch](http://www.fw-menzingen.ch)  
[pia@fw-menzingen.ch](mailto:pia@fw-menzingen.ch)

**Frische Brise Alternative  
 Steinhausen**

Postfach 123  
 6312 Steinhausen  
[www.frischebrise.ch](http://www.frischebrise.ch)  
[studerus@datazug.ch](mailto:studerus@datazug.ch)

**Gleis 3 Alternative Risch-  
 Rotkreuz**

Hanni Schriber,  
 Unterer Haldenweg 5,  
 6343 Rotkreuz  
[www.gleis3.ch](http://www.gleis3.ch)  
[hannischriber@gmx.ch](mailto:hannischriber@gmx.ch)

**Krifo Alternative Cham**

Co-Präsidium: Sha Acker-  
 mann und Roman Ambühl  
[www.krifo.ch](http://www.krifo.ch)  
[cham@alternative-zug.ch](mailto:cham@alternative-zug.ch)

**Alternative Stadt Zug**  
 Postfach 4805, 6304 Zug  
[www.alternative-stadt.ch](http://www.alternative-stadt.ch)  
[info@alternative-stadt.ch](mailto:info@alternative-stadt.ch)

**Alternative Baar**  
 Postfach, 6340 Baar  
[www.alternative-baar.ch](http://www.alternative-baar.ch)  
[info@alternative-baar.ch](mailto:info@alternative-baar.ch)

**Alternative Grüne Frakti-  
 on im Kantonsrat:**  
[www.alternativefraktion.ch](http://www.alternativefraktion.ch)

Namentlich gezeichnete  
 Artikel unterliegen der al-  
 leinigen Verantwortung der  
 Autorinnen und Autoren.

Bulletin Nr. 4, Dezember  
 2010, erscheint viermal  
 jährlich.

Herausgeber: Verein DAS  
 BULLETIN

Adresse:

BULLETIN Alternative – die  
 Grünen Kanton Zug,  
 Postfach 4806, 6304 Zug,  
[info@alternative-zug.ch](mailto:info@alternative-zug.ch)

Redaktion:  
 Natalie Chiodi, Hansjörg  
 Glauser, Jonas Feldmann,  
 Philippe Koch, Lorenzo  
 Martinoni, Martin Stuber

Produktion:  
 Manuela Burkart,  
[www.alphabeet.ch](http://www.alphabeet.ch)

Belichtung & Druck:  
 DMG Zug

Gedruckt auf Cyclus Print  
 (100% Recycle Papier)

Nutzaufgabe:  
 1200 Exemplare

WEMF-bestätigte Auflage:  
 1005 Exemplare

Abonnement: Fr. 25.–  
 KleinverdienerInnen Fr. 10.–  
 Unterstützungsabo: Fr. 50.–  
 Mitgliederbeitrag Verein  
 DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:  
 Verein DAS BULLETIN,  
 6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss  
 Nr. 1/2011:  
 Freitag, 4. März 2011

Erscheinungsdatum:  
 Donnerstag 25. März 2011

«DAS BULLETIN» auf dem  
 Internet unter  
[www.bulletin-zug.ch](http://www.bulletin-zug.ch)

AZB 6304 ZUG

Adressberichtigungen melden:

Alternative - die Grünen Zug,

Postfach 4806, 6304 Zug

